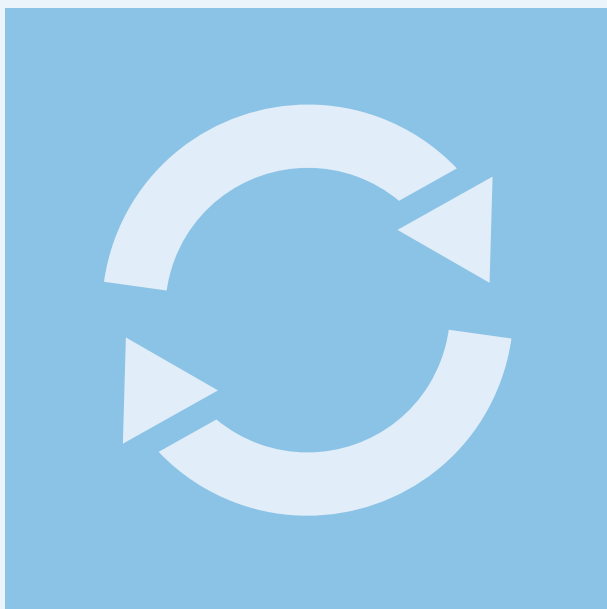


BRUTTOINLANDS- PRODUKT 2009 FÜR DEUTSCHLAND



**Begleitmaterial
zur Pressekonferenz
am 13. Januar 2010
in Wiesbaden**

BRUTTOINLANDS- PRODUKT 2009 FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Gruppe ID, Pressestelle,
in Zusammenarbeit mit Gruppe III A
„Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“

Internet: www.destatis.de

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:

Gruppe III A „Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“

Tel.: +49 (0) 611 / 75 26 26

Fax: +49 (0) 611 / 75 39 52

E-mail: bip-info@destatis.de

Journalistische Anfragen:

Pressestelle

Tel.: +49 (0) 611 / 75 34 44

Fax: +49 (0) 611 / 75 39 76

E-Mail: presse@destatis.de

Kontaktformular: www.destatis.de/kontakt

Allgemeine Informationen zum Datenangebot:

Informationsservice

Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Kontaktformular: www.destatis.de/kontakt

Grundlage dieser Broschüre sind die anlässlich der Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes am 13. Januar 2010 veröffentlichten Daten.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

A Schaubilder und Tabellen

Schaubild 1:	Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2009	5
Schaubild 2:	Wirtschaftswachstum in Deutschland von 1950 bis 2009	6
Schaubild 3:	Gesamtwirtschaftliche Konjunkturdaten für Deutschland von 1998 bis 2009	7
Schaubild 4:	Entstehung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2009 Preisbereinigte Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	8
Schaubild 5:	Wirtschaftsstruktur in Deutschland 1991 und 2009 Anteil der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt in %.....	9
Schaubild 6:	Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2009	10
Tabelle 1:	Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2009 in jeweiligen Preisen	11
Schaubild 7:	Verwendungsstruktur des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2009	12
Schaubild 8:	Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Stunde in Deutschland von 1997 bis 2009	13
Schaubild 9:	Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Kopf in Deutschland von 1997 bis 2009	14
Schaubild 10:	Bruttoinlandsprodukt und Arbeitsproduktivität in Deutschland in den Jahren einer Rezession.....	15
Schaubild 11:	Schematische Darstellung des deutschen Bruttonationaleinkommens 2009	16
Schaubild 12:	Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland von 1992 bis 2009	17
Schaubild 13:	Monatliche Brutto- bzw. Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in Deutschland von 1995 bis 2009	18
Schaubild 14:	Konsum und Sparen in Deutschland von 1992 bis 2009	19
Schaubild 15:	Finanzierungssaldo des Staates von 1991 bis 2009	20
Tabelle 2:	Finanzierungssaldo des Staates von 1991 bis 2009.....	21
Schaubild 16:	Staatliche Finanzierungssalden 2008 und 2009 im internationalen Vergleich (Länder der Eurozone, Japan und USA) ...	22
Schaubild 17:	Staatliche Finanzierungssalden 2008 und 2009 im internationalen Vergleich (Eurozone - EU27)	23
Schaubild 18:	Reales Bruttoinlandsprodukt 2008 und 2009 im internationalen Vergleich (Länder der Eurozone, Japan und USA) ...	24
Schaubild 19:	Reales Bruttoinlandsprodukt 2008 und 2009 im internationalen Vergleich (Eurozone - EU27)	25

B Kurze Erläuterungen zu ausgewählten Aspekten

1	Rezessionen in Deutschland	26
2	Finanzmarktkrise – staatliche Stützungen – EU-Stabilitätspakt	28
3	Abwrackprämie und privater Konsum 2009	31
4	Arbeitsmarkt	33
5	Außenbeitrag	35
6	Einnahmen und Ausgaben des Staates	36
7	Revisionsbedarf und Genauigkeit der amtlichen Daten zum Wirtschaftswachstum	38
8	Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft	41
9	Nationales Veröffentlichungsprogramm	43

Schaubild 1

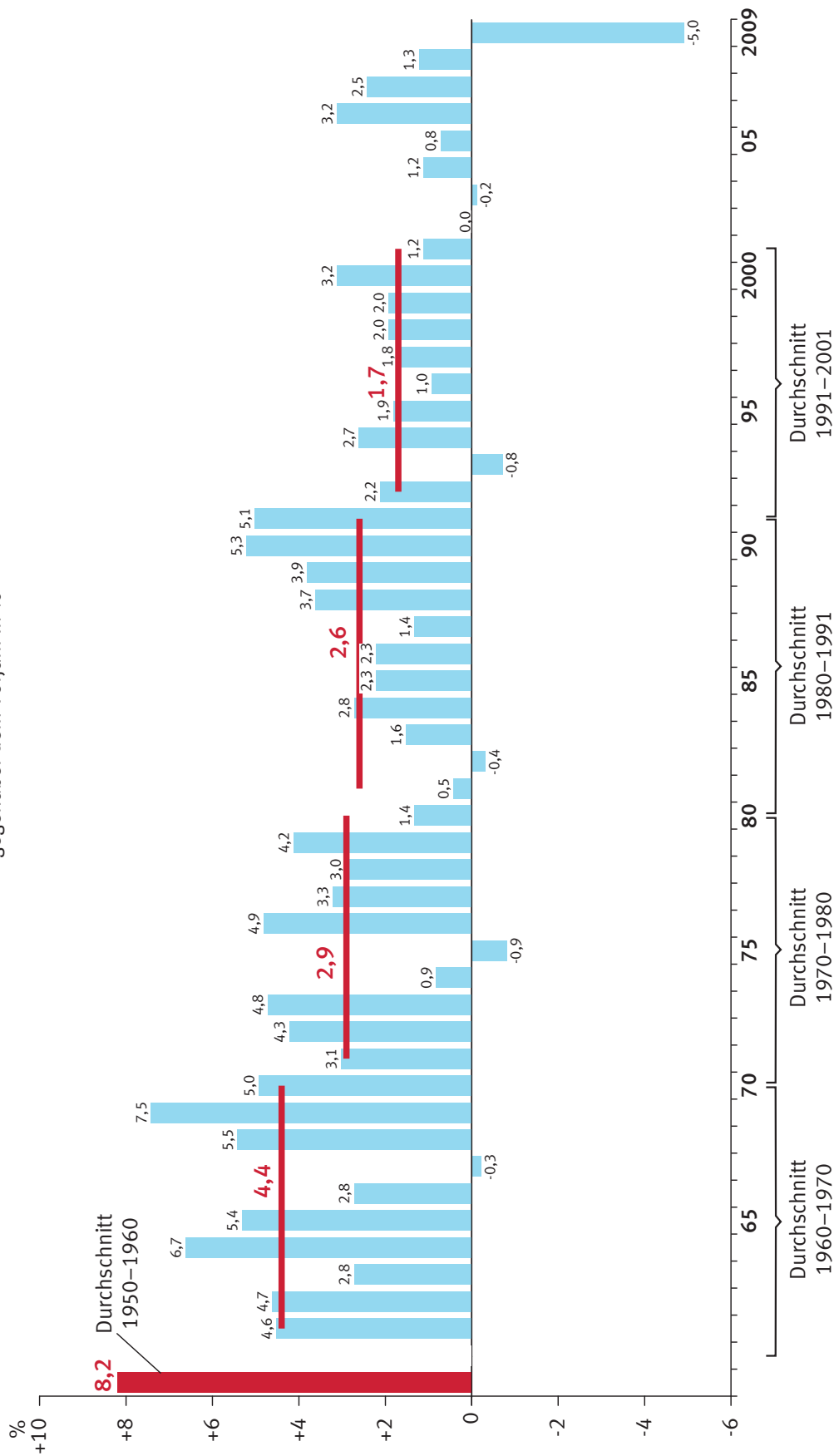
**Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts
am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2009¹⁾**



1) Prognose der EU-Kommission/eigene Berechnung (Schätzung).

Schaubild 2

Wirtschaftswachstum in Deutschland¹⁾
Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts
gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Ergebnisse von 1950 bis 1969 (Früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1969 (Früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen.

Schaubild 3

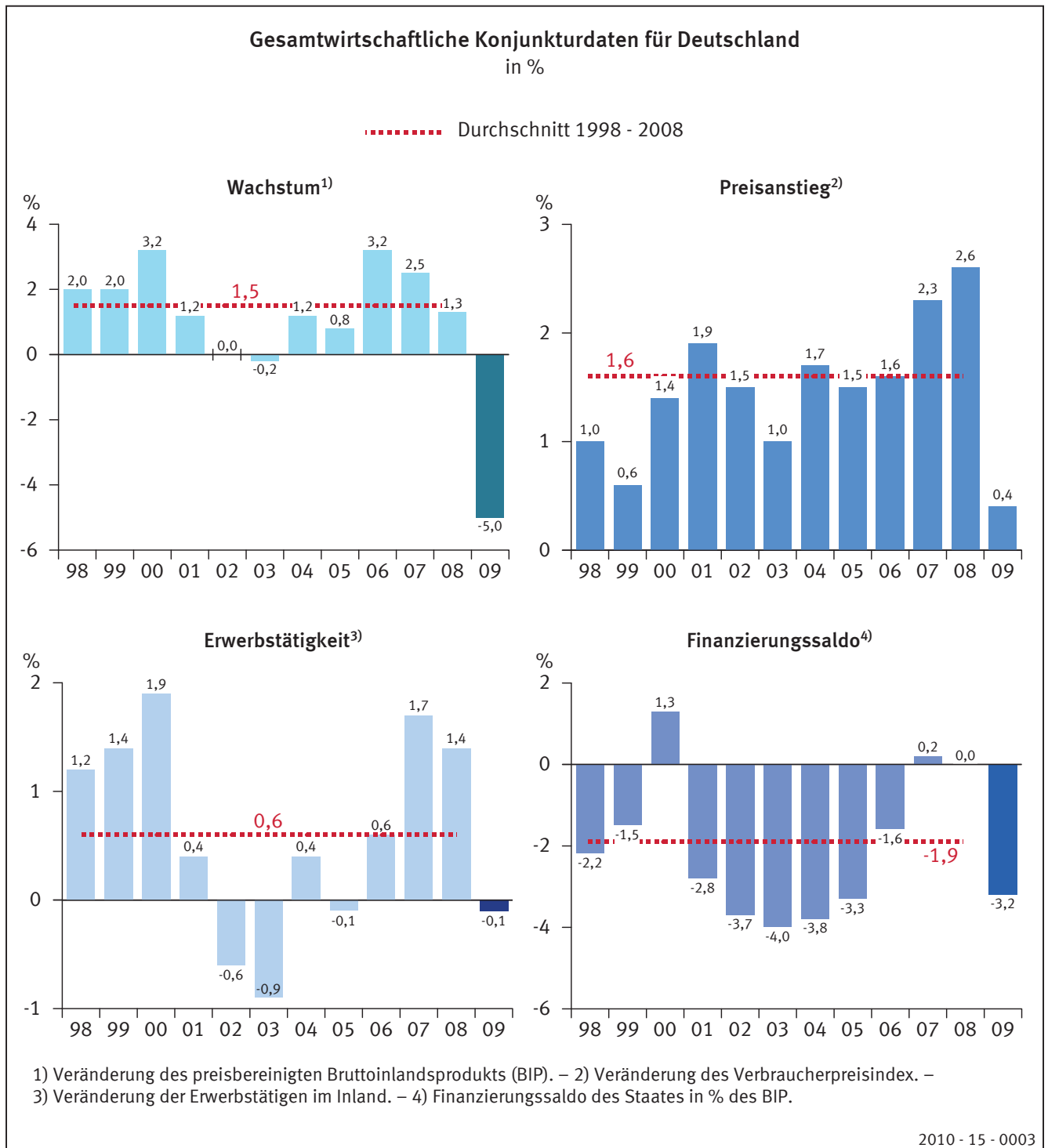


Schaubild 4

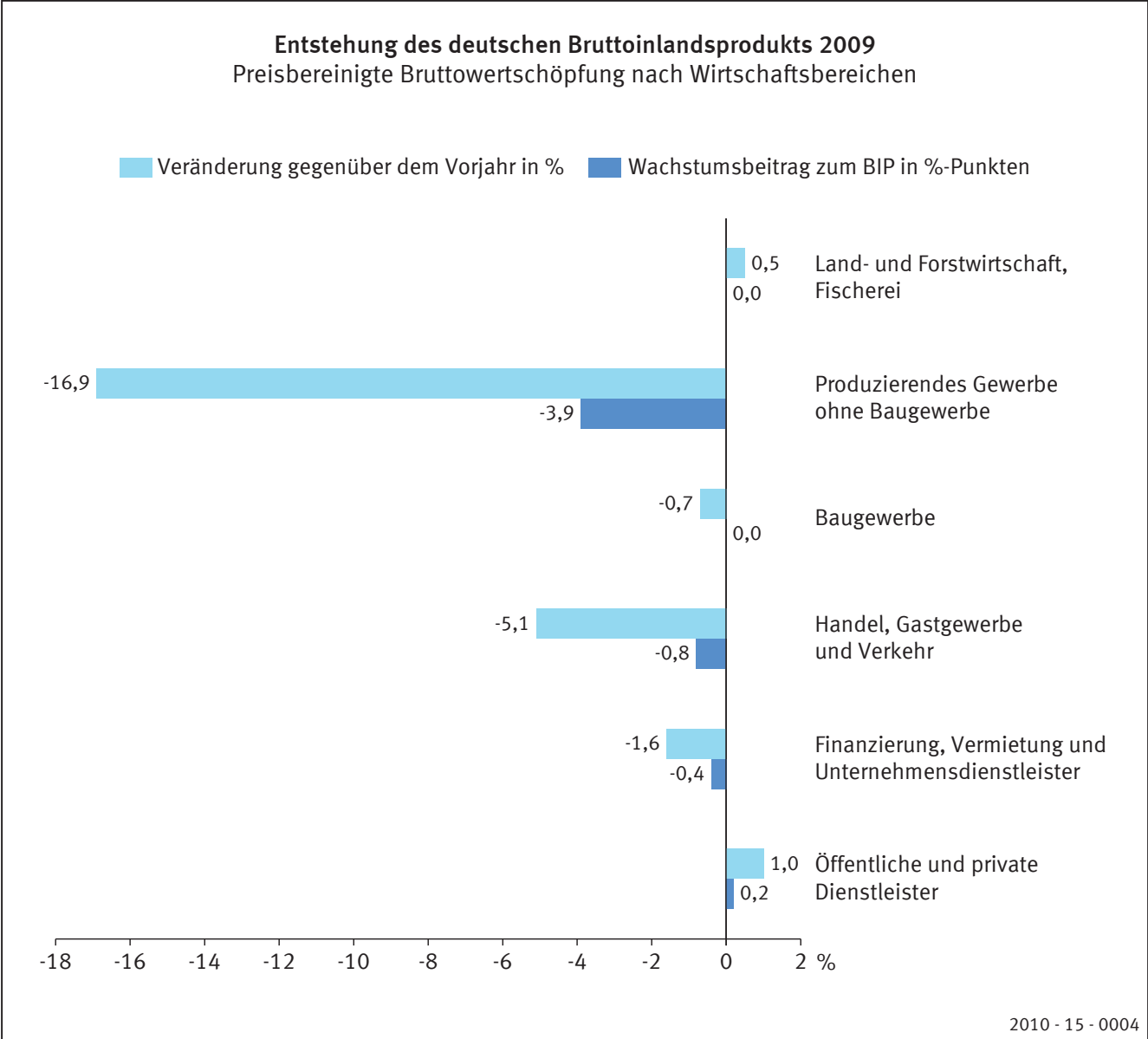


Schaubild 5

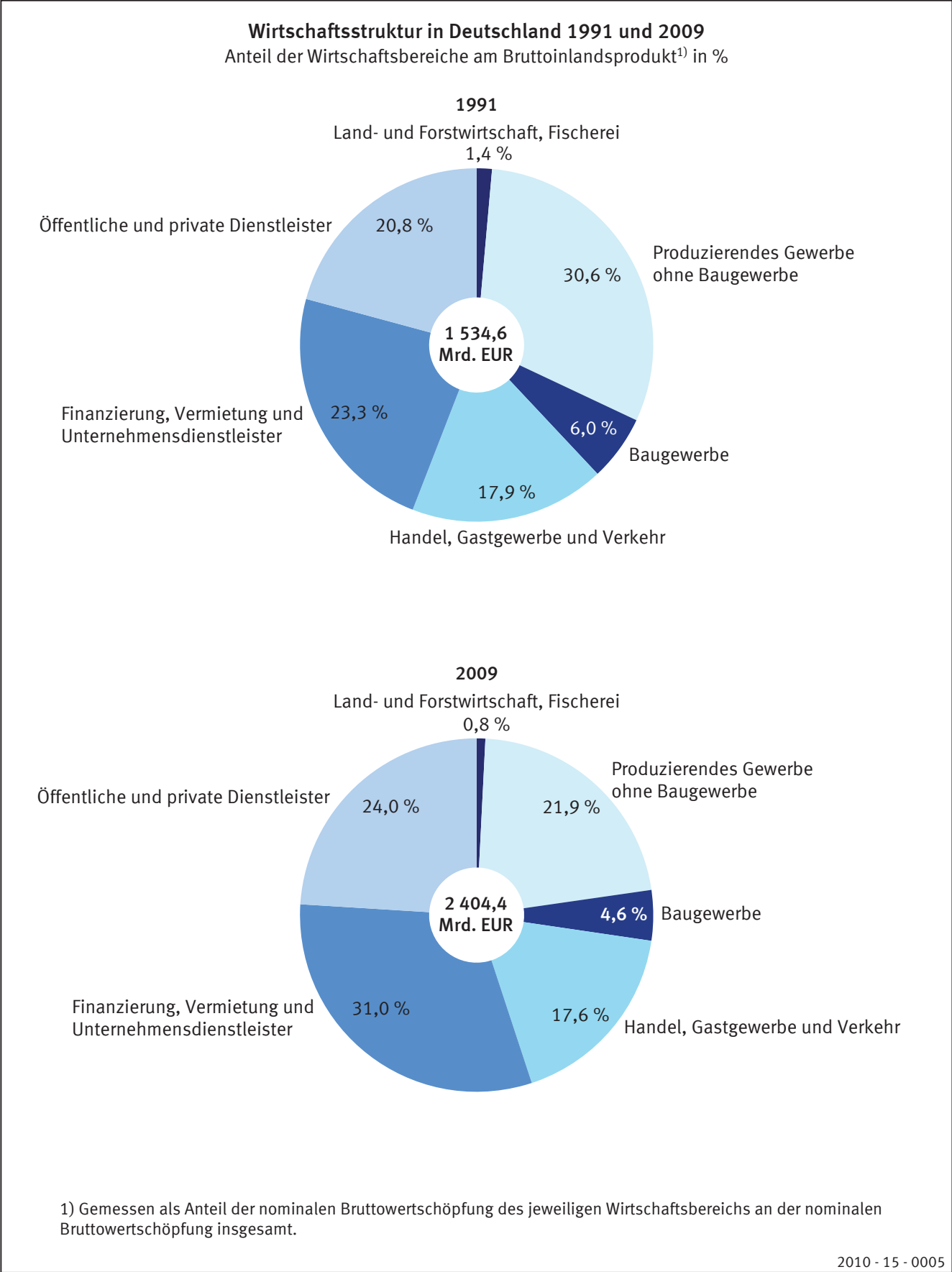


Schaubild 6

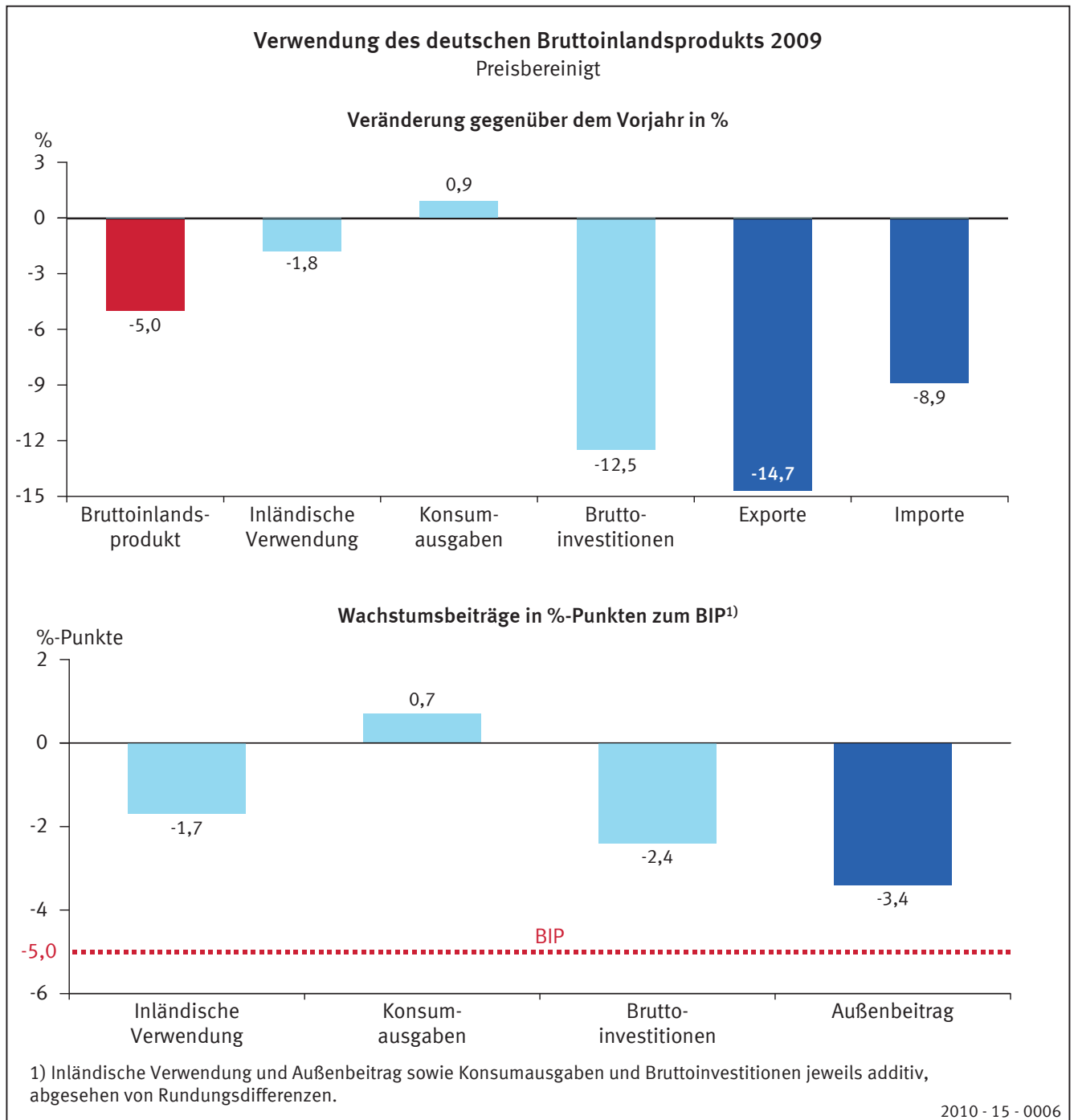


Tabelle 1

**Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2009
in jeweiligen Preisen**

	Mrd. Euro	Anteil am BIP in %
Bruttoinlandsprodukt	2 404,40	100
Private Konsumausgaben	1 416,36	58,9
Konsumausgaben des Staates	472,07	19,6
Bruttoinvestitionen	416,77	17,3
Bruttoanlageinvestitionen	431,95	18,0
Ausrüstungen	159,25	6,6
Bauten	245,38	10,2
Sonstige Anlagen	27,32	1,1
Vorratsveränderungen	- 15,18	- 0,6
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	99,20	4,1

Schaubild 7

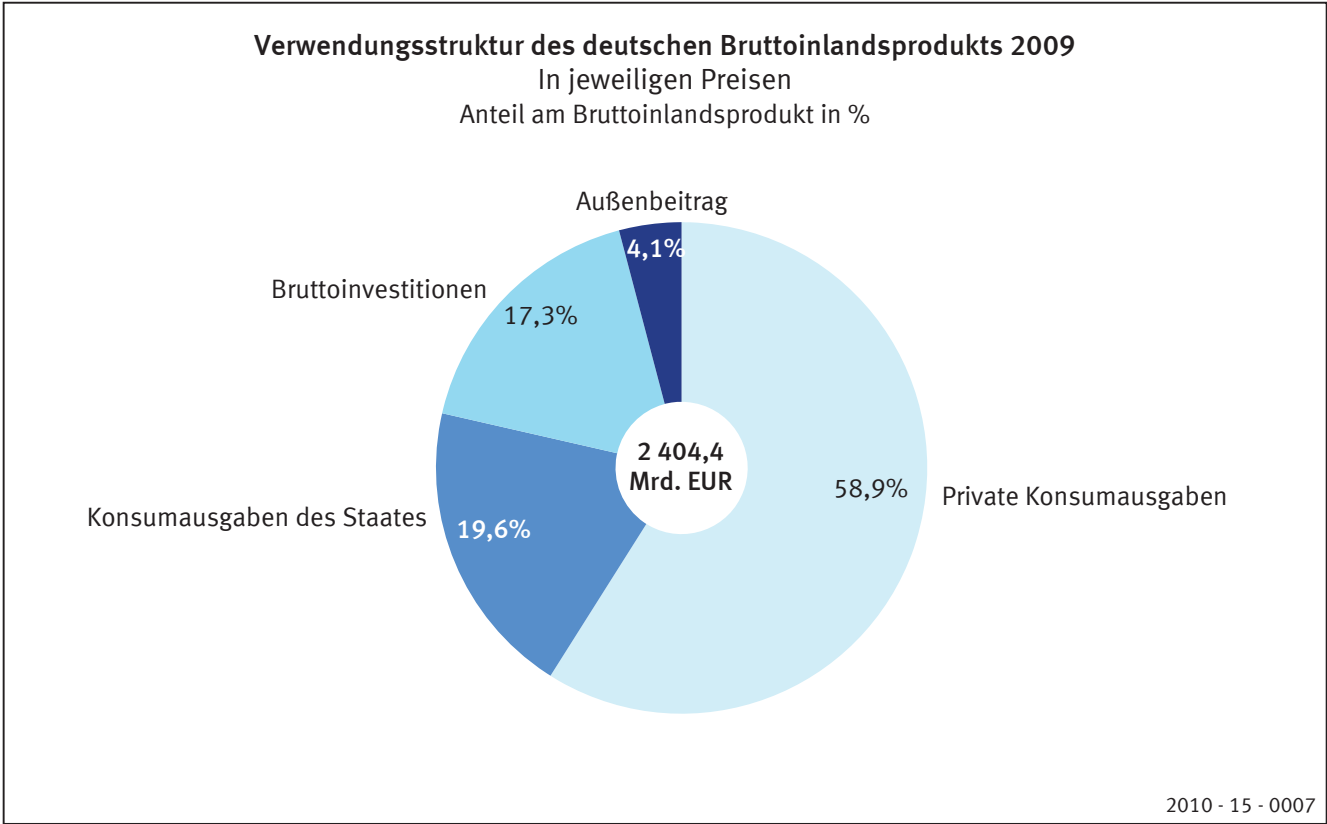


Schaubild 8

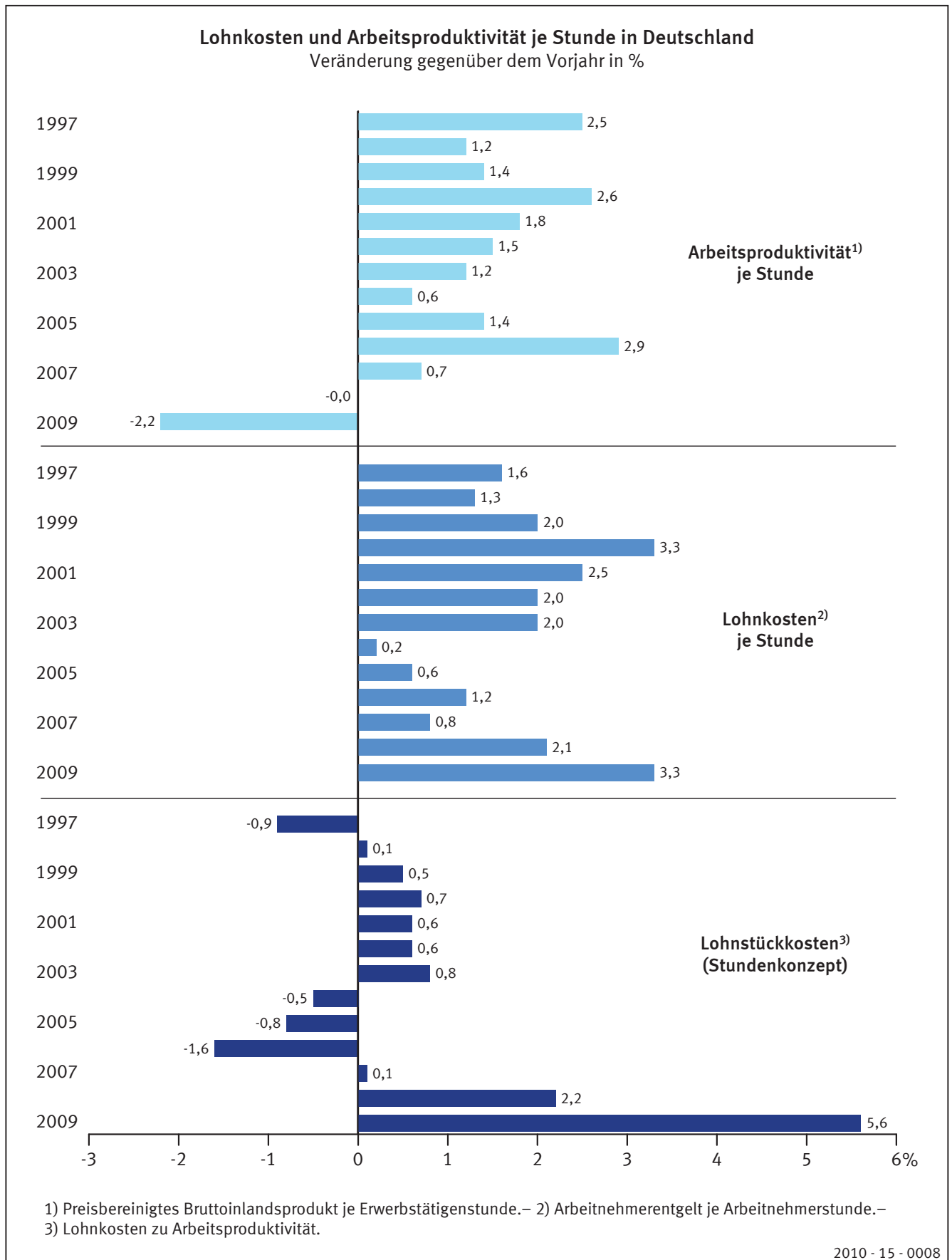


Schaubild 9

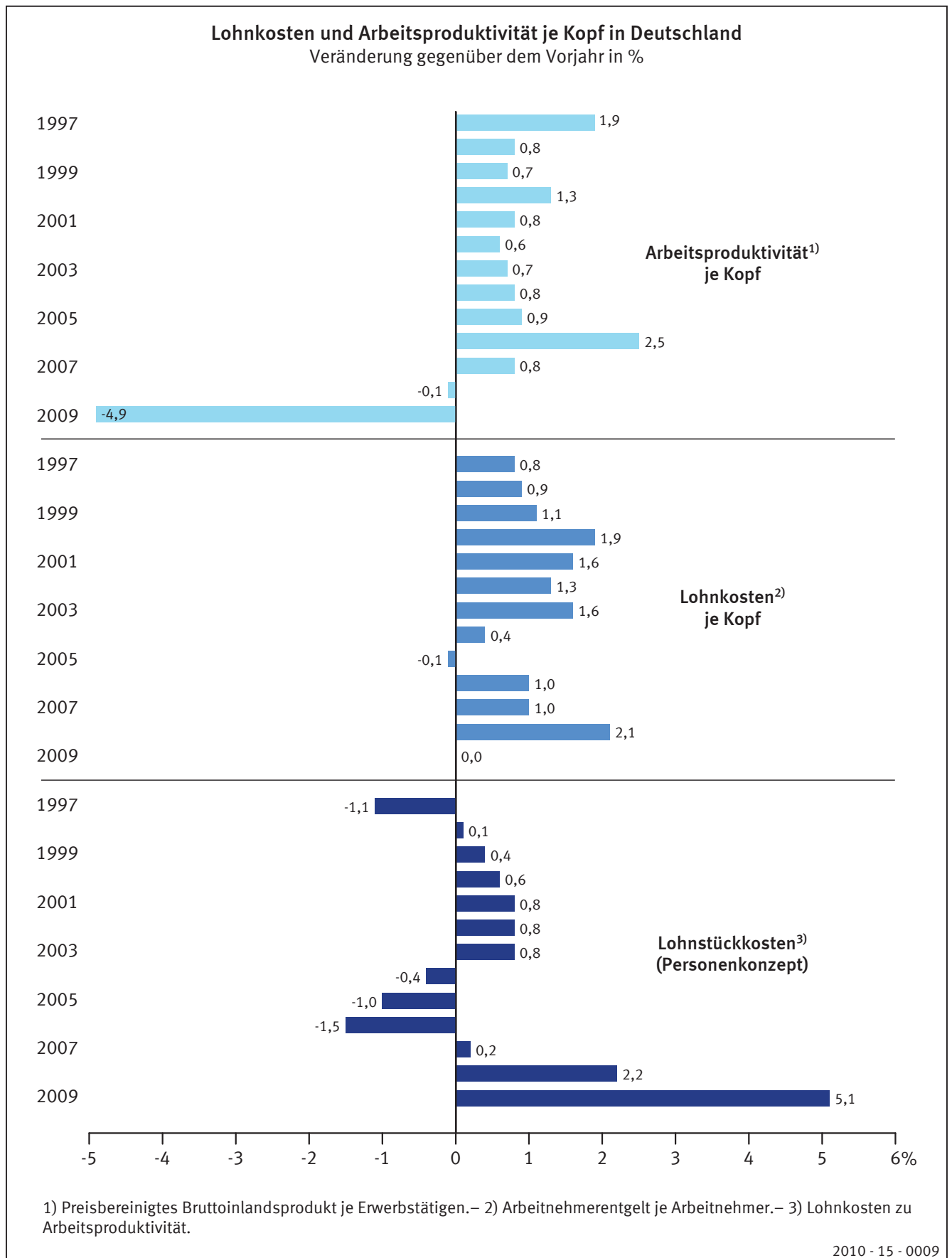


Schaubild 10

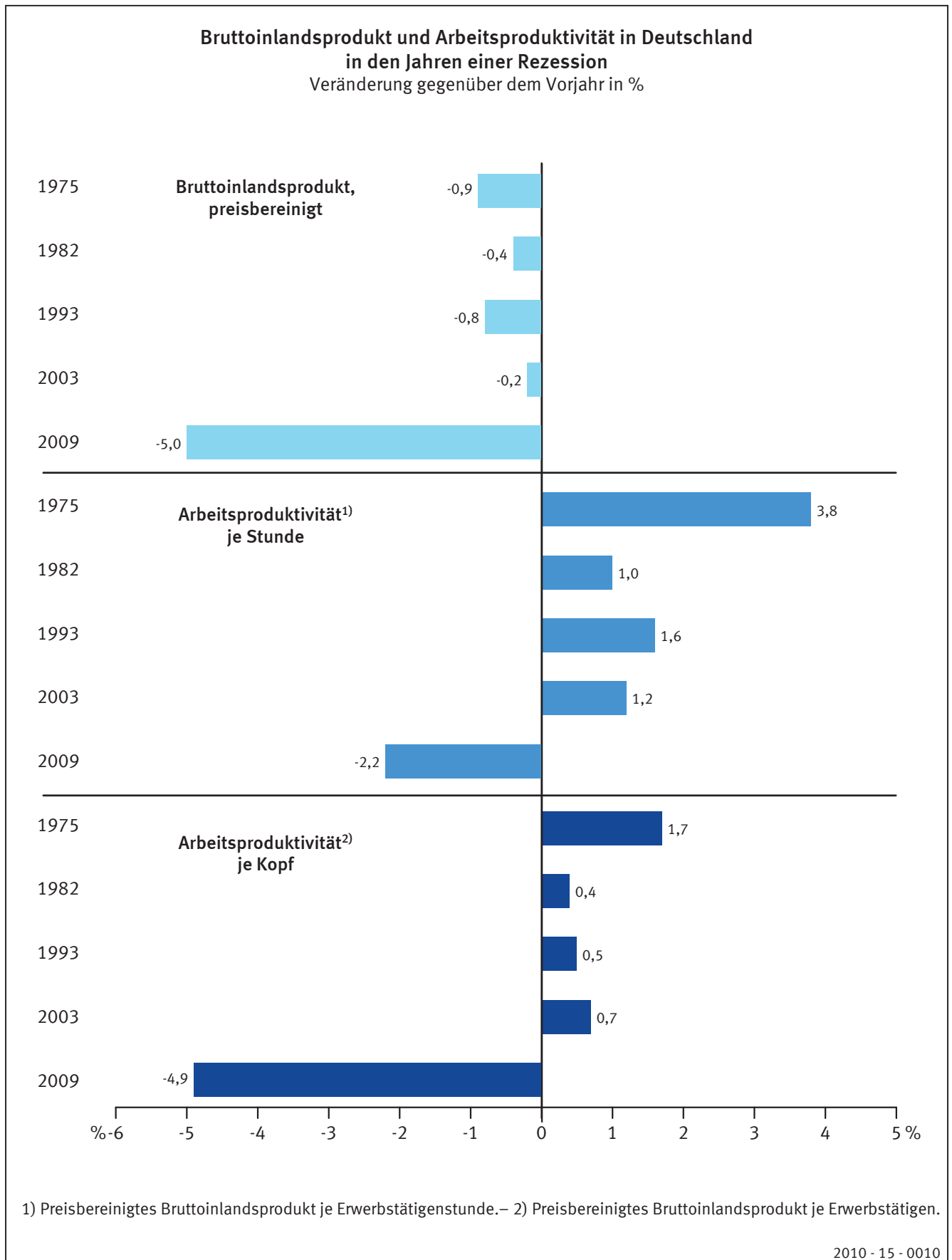
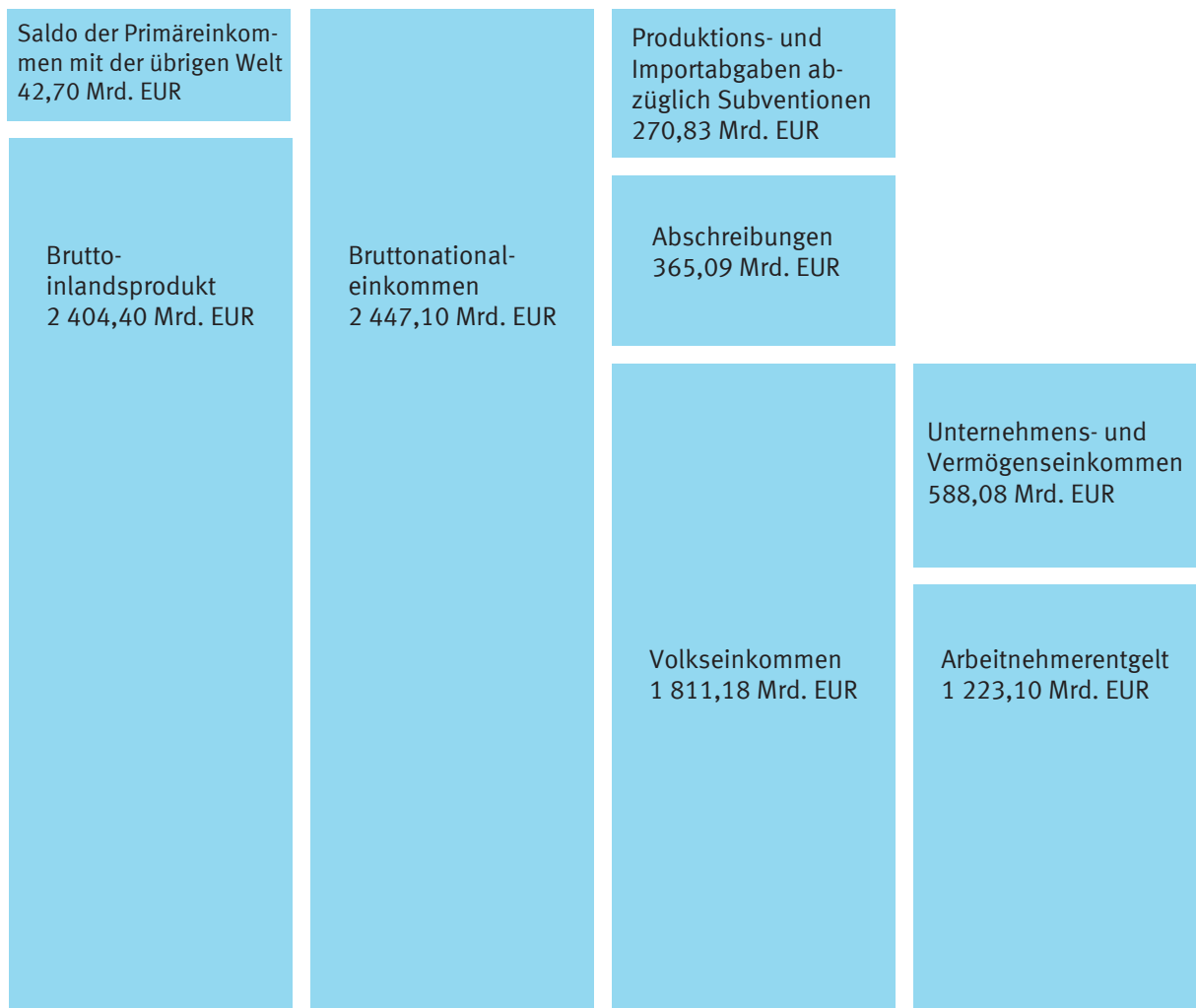


Schaubild 11

Schematische Darstellung des deutschen Bruttonationaleinkommens 2009



2010 - 15 - 0011

Schaubild 12

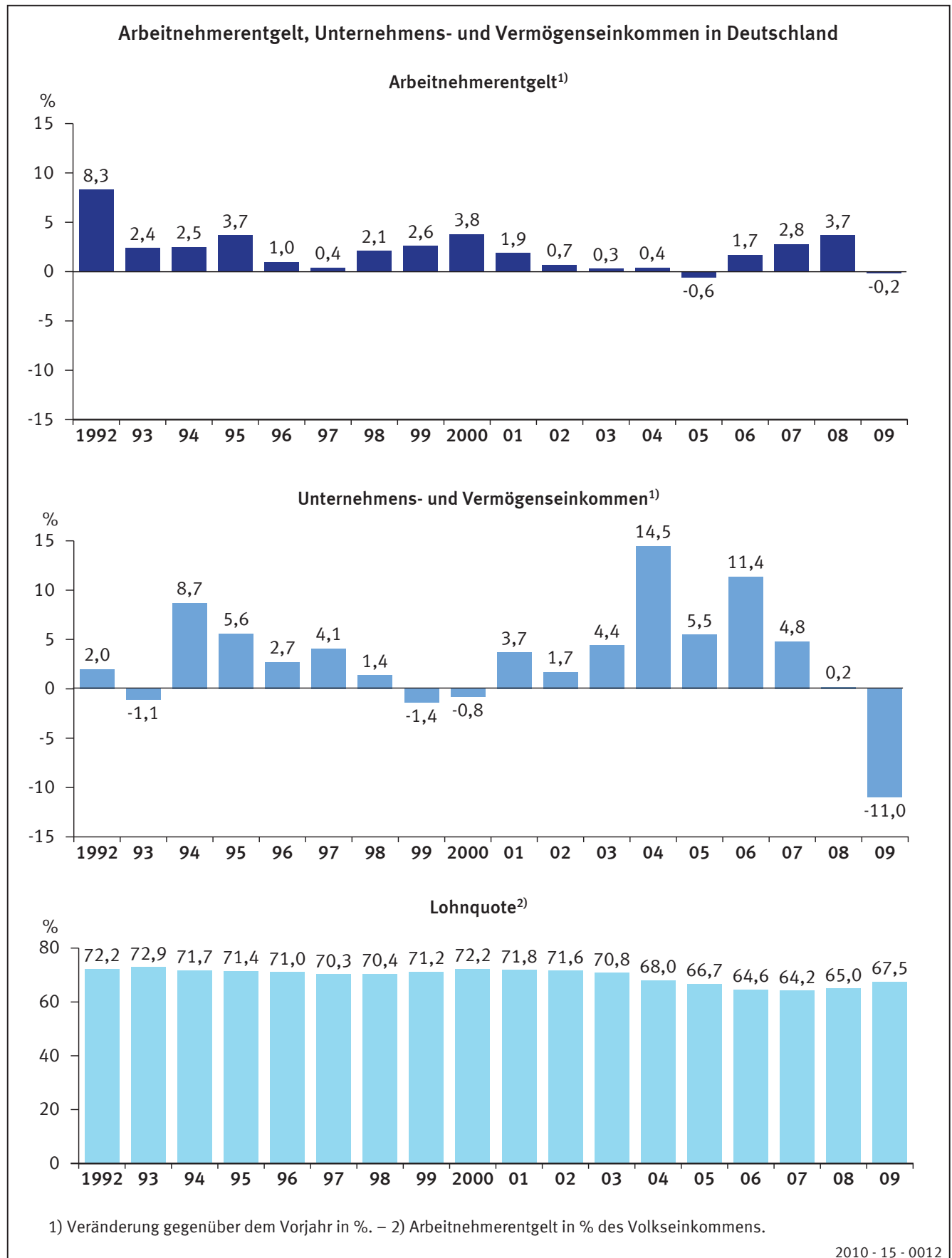


Schaubild 13

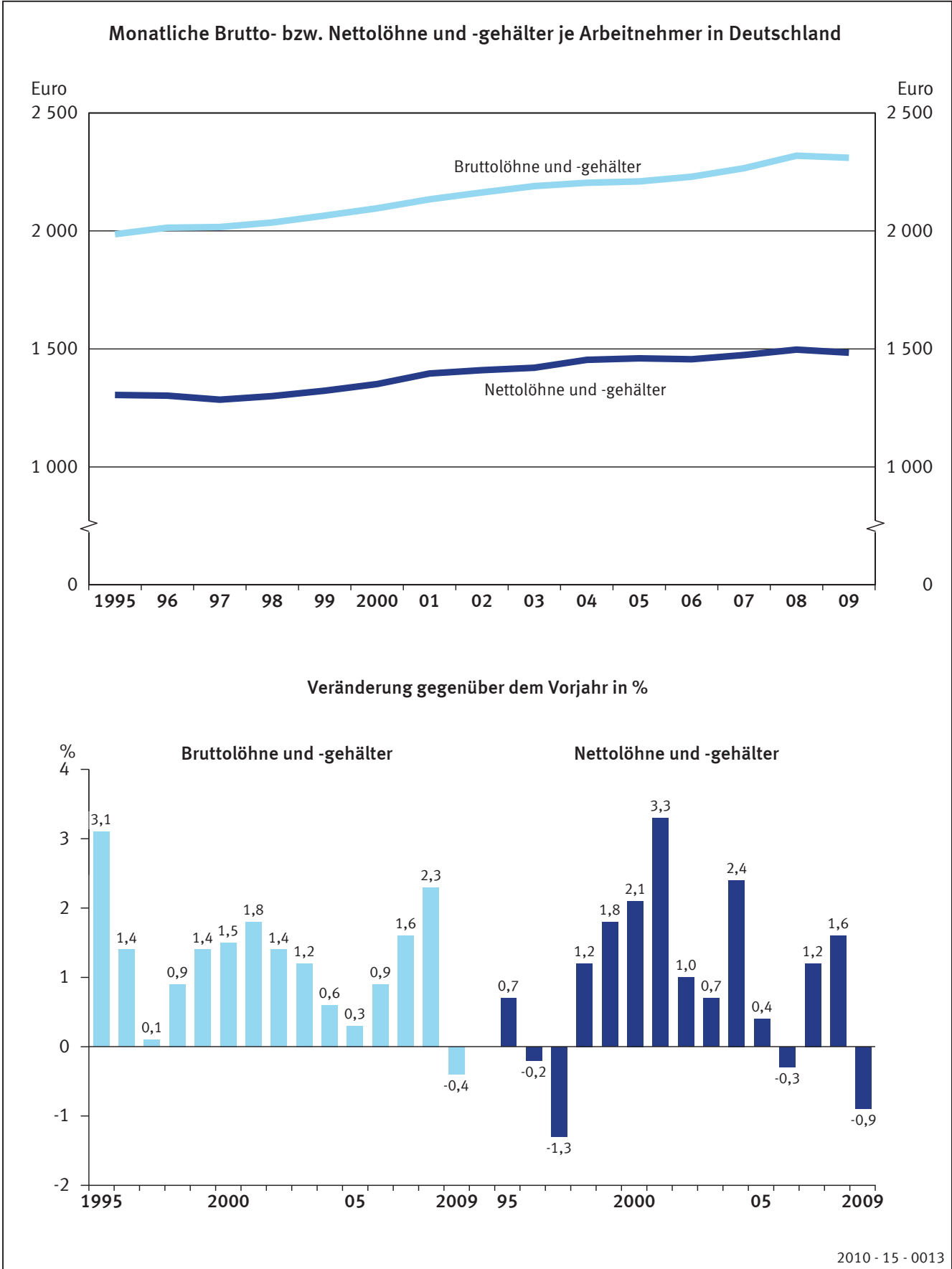


Schaubild 14

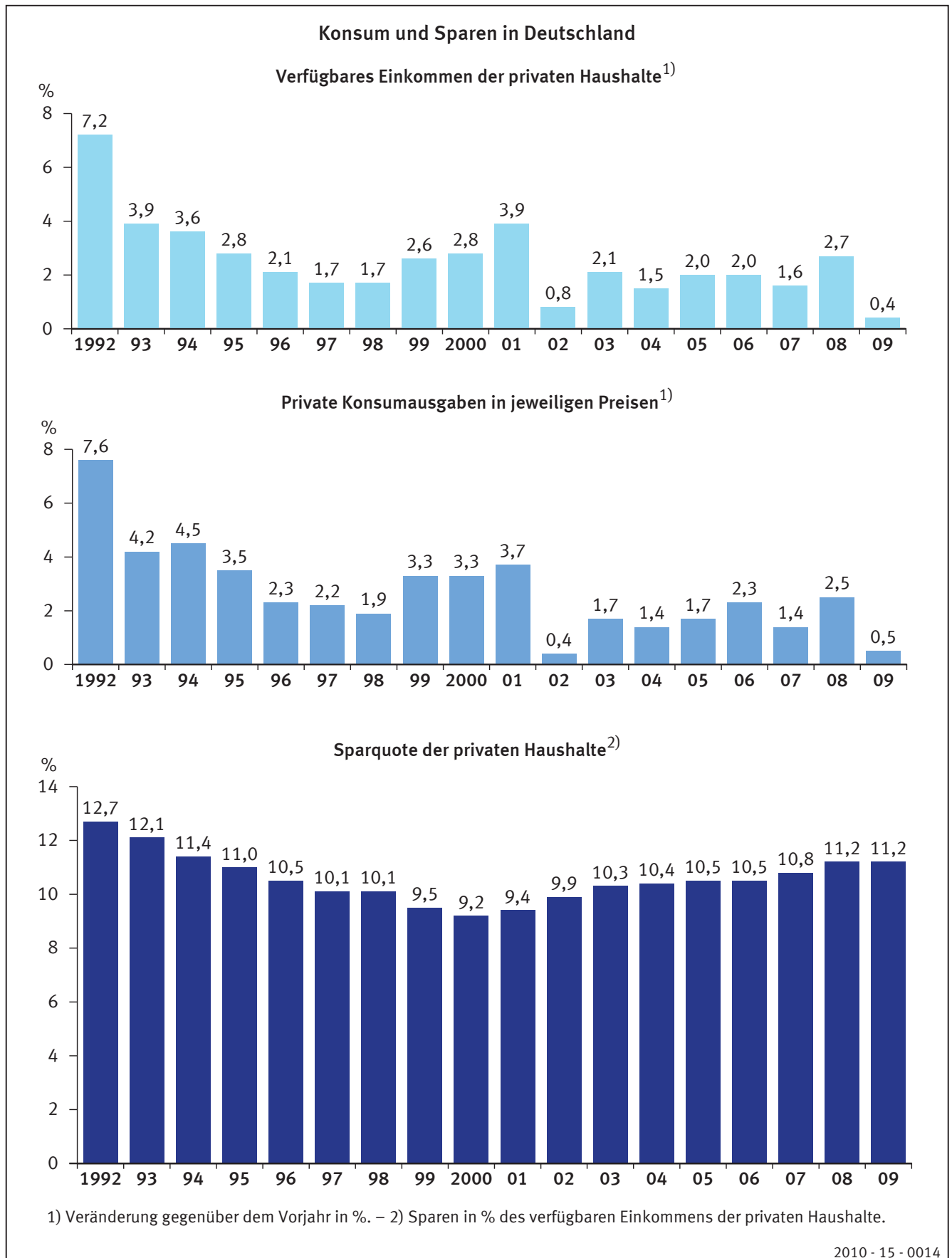
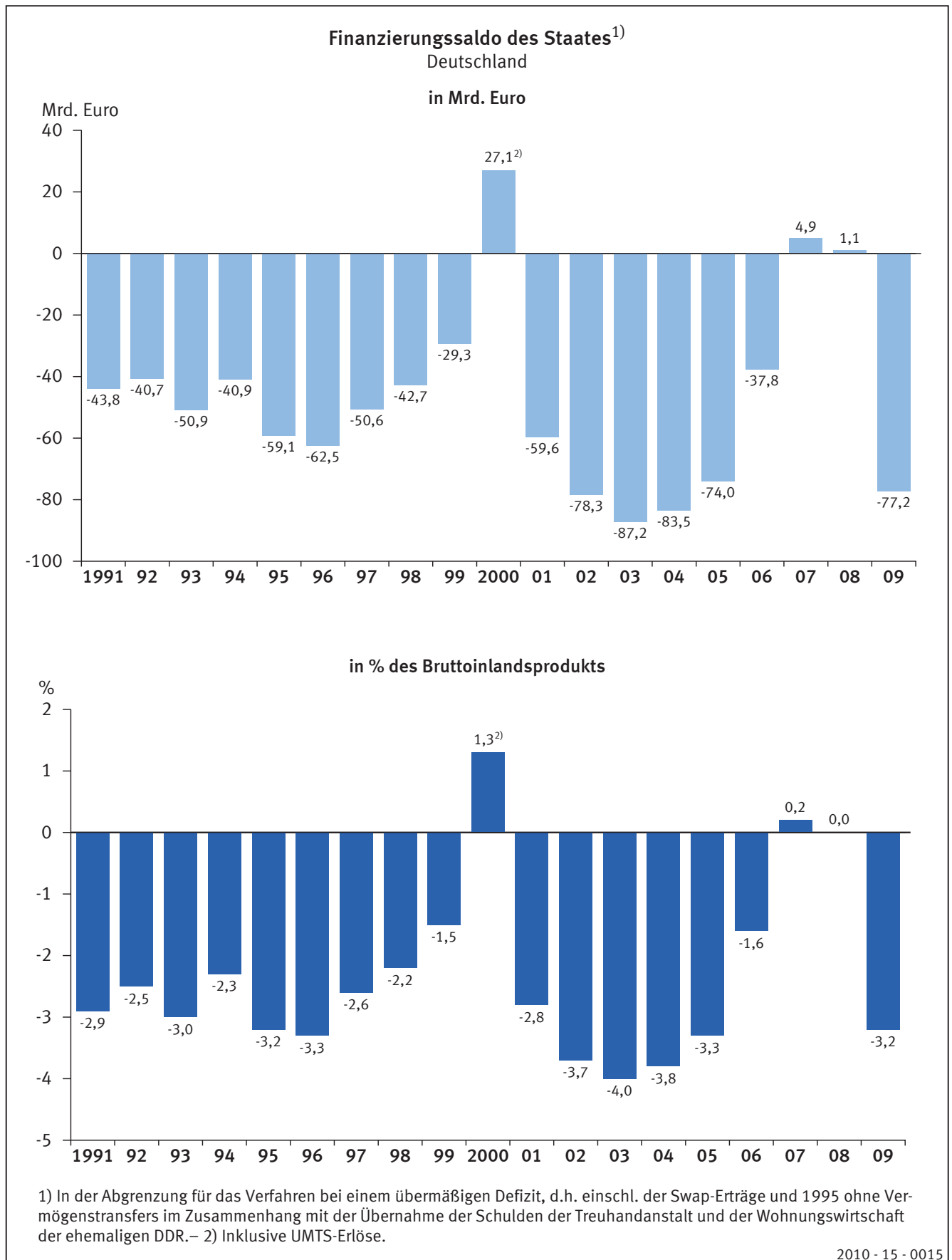


Schaubild 15



2010 - 15 - 0015

Tabelle 2

Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾
Deutschland

Jahr ²⁾	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherung	Staat	
	Mrd. EUR					in % des BIP
1992	- 24,78	- 11,02	- 3,26	- 1,64	- 40,70	- 2,5
1993	- 35,45	- 16,89	- 1,54	+ 2,95	- 50,93	- 3,0
1994	- 19,31	- 21,18	- 2,40	+ 2,00	- 40,89	- 2,3
1995	- 26,32	- 21,21	- 3,88	- 7,71	- 59,12	- 3,2
1996	- 34,78	- 20,71	- 0,60	- 6,39	- 62,48	- 3,3
1997	- 30,48	- 21,74	+ 0,13	+ 1,48	- 50,61	- 2,6
1998	- 35,83	- 14,18	+ 4,29	+ 3,00	- 42,72	- 2,2
1999	- 30,58	- 9,47	+ 5,43	+ 5,32	- 29,30	- 1,5
2000	+ 28,00	- 6,95	+ 5,45	+ 0,59	+ 27,09	+ 1,3
2001	- 27,49	- 27,25	- 1,08	- 3,79	- 59,61	- 2,8
2002	- 35,96	- 30,57	- 4,97	- 6,82	- 78,32	- 3,7
2000 ³⁾	- 39,60	- 32,74	- 7,14	- 7,74	- 87,22	- 4,0
2004	- 52,04	- 27,85	- 2,40	- 1,23	- 83,52	- 3,8
2005	- 47,42	- 22,49	- 0,15	- 3,89	- 73,95	- 3,3
2006	- 34,49	- 11,25	+ 2,99	+ 4,95	- 37,80	- 1,6
2007	- 18,88	+ 4,64	+ 8,27	+ 10,85	+ 4,88	+ 0,2
2008	- 14,14	+ 1,16	+ 5,84	+ 8,19	+ 1,05	+ 0,0
2009	- 40,29	- 20,32	- 3,98	- 12,61	- 77,20	- 3,2

1) In der Abgrenzung für das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, d.h. einschl. der Swaperträge und 1995 ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR. – 2) Ab 2006 vorläufiges Ergebnis. – 3) Inklusive UMTS-Erlöse.

Schaubild 16

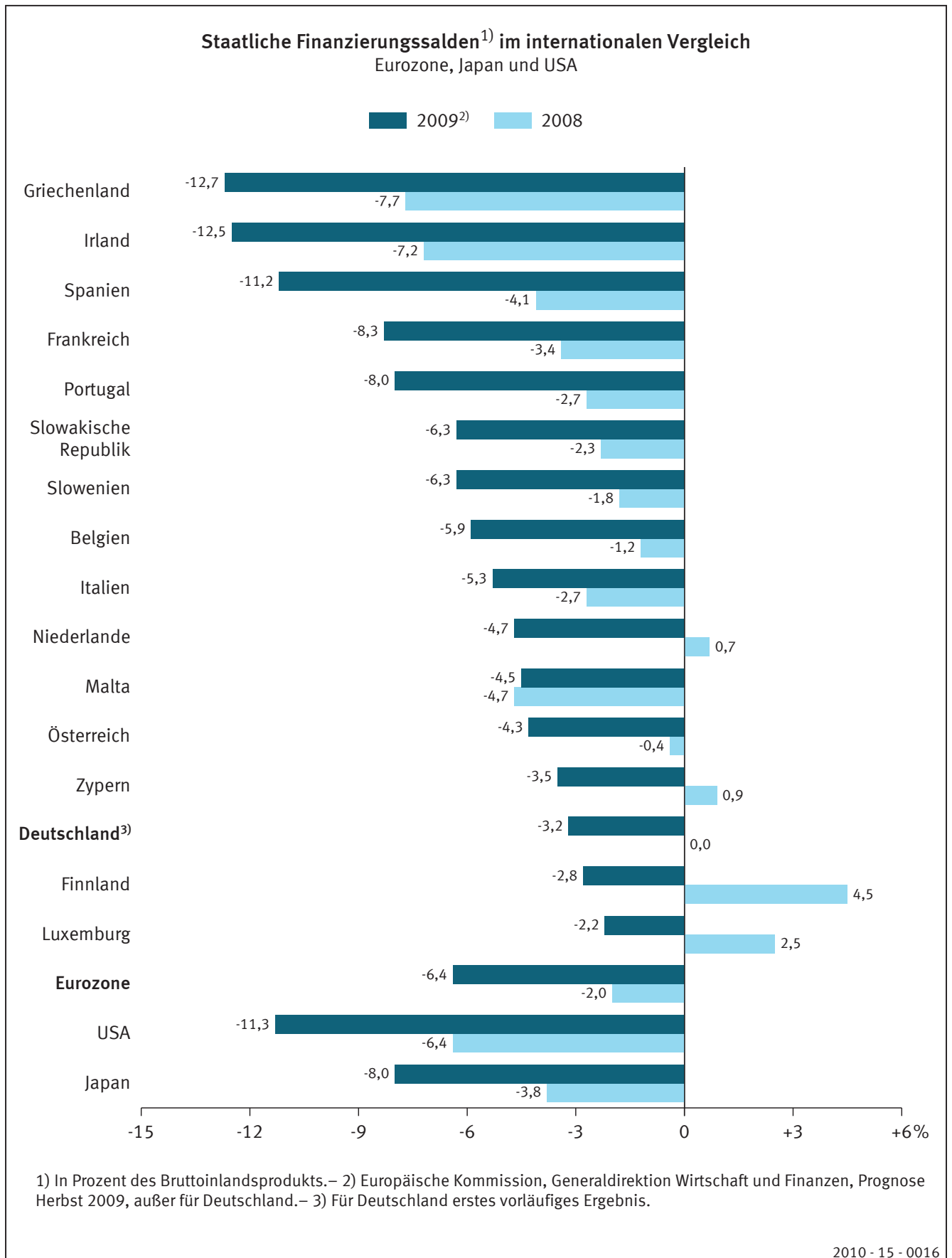


Schaubild 17

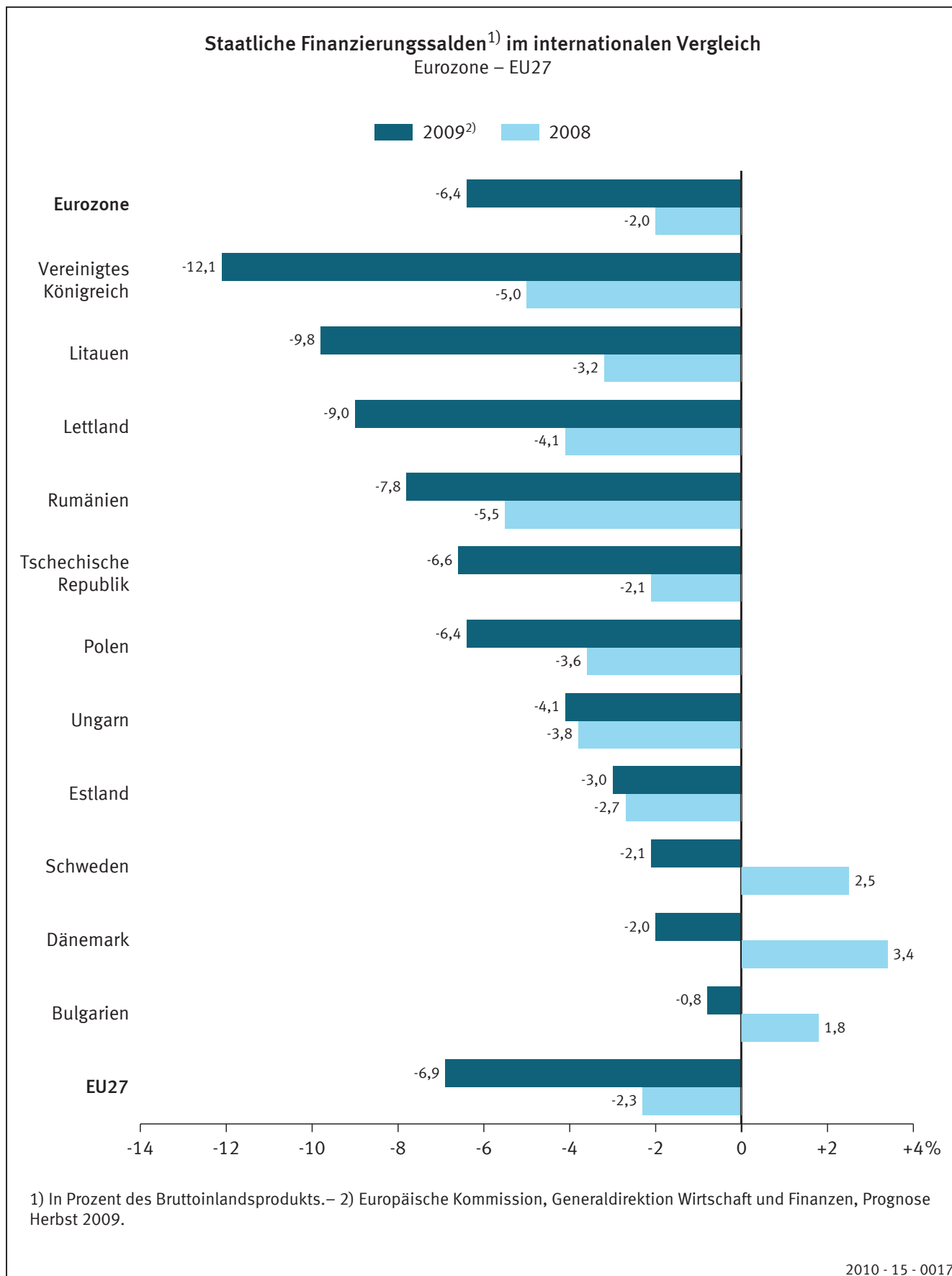


Schaubild 18

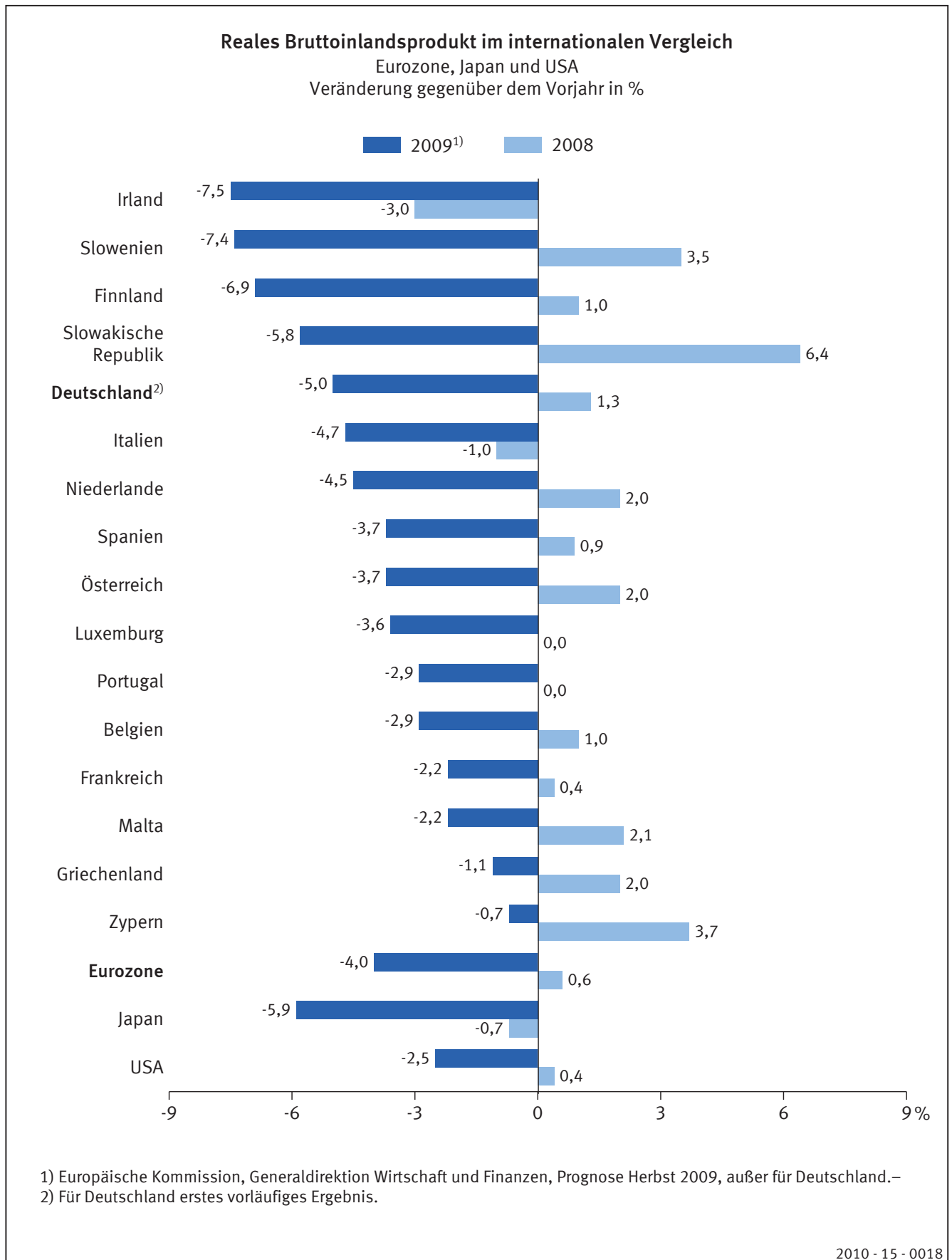
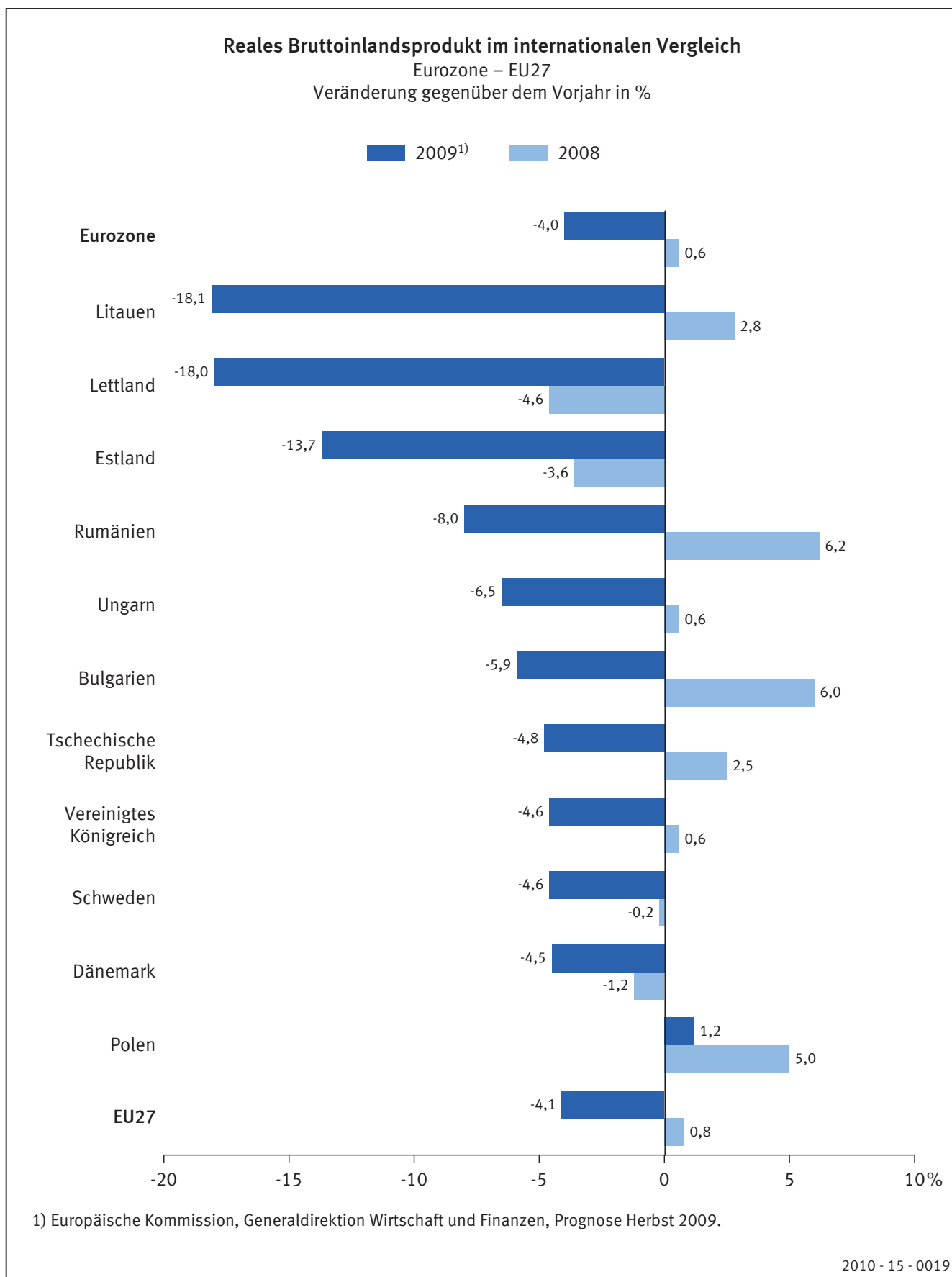


Schaubild 19



1 Rezessionen in Deutschland

Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise war **2009** prägend für die deutsche Wirtschaft. In Deutschland hat sich das Bruttoinlandsprodukt als umfassender Indikator für die gesamtwirtschaftliche Leistung gegenüber dem Vorjahr um 5,0% verringert. Das war der stärkste wirtschaftliche Einbruch der Nachkriegszeit. Eine rückläufige Wirtschaftsentwicklung war bereits seit dem zweiten Vierteljahr 2008 zu verzeichnen (saison- und kalenderbereinigt im Vorquartalsvergleich); sie setzte sich verstärkt im Winterhalbjahr 2008/2009 fort. Erst im zweiten Vierteljahr 2009 zeigte sich wieder eine leichte Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung auf dem neuen, niedrigeren Niveau. Die ökonomische Fachwelt war noch Ende 2008 davon ausgegangen, dass aufgrund der Besonderheiten des deutschen Bankensektors ein Übergreifen der internationalen Finanzkrise auf Deutschland weitgehend vermieden werden könnte und dass sich die realwirtschaftlichen Auswirkungen in engen Grenzen halten würden.

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise wird inzwischen in der Öffentlichkeit teilweise mit der Weltwirtschaftskrise von **1929 bis 1932** verglichen. Das Bruttosozialprodukt war in diesem Zeitraum in Deutschland real um insgesamt 16% zurückgegangen, das heißt jahresdurchschnittlich um 4,3% und in den Jahren 1931 und 1932 jeweils um über 7%. Die „Depression“ (im Sinne einer verfestigten und lang anhaltenden Rezession) war seinerzeit begleitet von einer Deflation der Preise. Der Deflator des Bruttosozialprodukts war in den Jahren von 1929 bis 1933 rückläufig, die Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr also deutlich negativ.

In der deutschen Nachkriegsgeschichte hat es seit 1950 bisher fünf Rezessionsphasen gegeben. Diese lassen sich vereinfachend an negativen jährlichen Veränderungsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts festmachen (siehe hierzu Schaubild 2, Seite 6). Mit der ersten Rezession im Jahr **1967** endete das deutsche „Wirtschaftswunder“ und eine Zeit ungebrochener Hochkonjunktur seit 1950. Die Phase des Wiederaufbaus war abgeschlossen, und in der Folge verlangsamte sich das Wachstum der Wirtschaft. Auf politischer Ebene kam es zum Rücktritt der Regierung Erhard und in der Folge zur ersten Großen Koalition. Unterteilt man den Zeitraum seit 1950 in Zehnjahresabschnitte, so betrug in der ersten Dekade (1950–1960) das jahresdurchschnittliche Wachstum 8,2%, in der zweiten Dekade (1960–1970) dann 4,4%, im folgenden Zeitraum (1970 – 1980) 2,9% und im Zeitabschnitt 1980–1991 nur noch 2,6%. In den ersten zehn Jahren nach der deutschen Vereinigung (1991–2001) lag das jahresdurchschnittliche Wirtschaftswachstum bei 1,7% und im Gesamtzeitraum seit der deutschen Vereinigung (1991–2008) bei 1,5%.

Die Phase des Aufschwungs Anfang der 1970er Jahre nahm mit dem ersten weltweiten Ölpreisschock im Herbst 1973 ein jähes Ende und führte für das Jahr **1975** mit zu dem bisher am stärksten ausgeprägten Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in der Nachkriegszeit (– 0,9% gegenüber dem Vorjahr). Durch das Lieferembargo der OPEC-Länder hatte sich der Ölpreis im Herbst 1973 innerhalb weniger Monate vervierfacht.

Die zweite Ölkrise wurde durch die Revolution im Iran und den Iran-Irak-Krieg 1980 ausgelöst, was sich schließlich im Gesamtjahr **1982** in einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts niederschlug (– 0,4%). Auf politischer Ebene kam es in Deutschland zum Regierungswechsel und zur Ablösung von Bundeskanzler Helmut Schmidt durch seinen Nachfolger Helmut Kohl.

Die nächste Rezession in Deutschland kam nach dem Wiedervereinigungsboom im Jahr **1993** zum Vorschein (Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,8%). Allerdings

war auch hier wieder eine massive Erhöhung des Ölpreises im Jahr 1990 infolge des ersten Golfkrieges vorausgegangen. Diese Ölpreissteigerung hatte die Weltwirtschaft bereits in einen globalen Wirtschaftsabschwung gedrängt, welcher in Deutschland durch die Sondersituation der Wiedervereinigung erst verzögert zum Durchbruch kam.

Eine weitere Rezession in Deutschland zeigt sich im negativen Wirtschaftswachstum im Jahr **2003** (– 0,2%). Als Hintergründe sind hier zu nennen das Platzen der sogenannten Internetblase nach dem Höhenflug der Technologie-Aktien Ende der 1990er Jahre, ferner die Reaktionen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA, die auch wieder zu einer erneuten Ölpreisexplosion führten. Bei allen Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahre drängt sich der Eindruck auf, dass diese eng mit den weltweiten Ölpreisschocks verbunden waren. Auch im Vorfeld der aktuellen Wirtschaftskrise, die gegen Ende des Jahres 2008 immer mehr zum Vorschein kam, hatte es bis zur Jahresmitte 2008 eine massive Erhöhung der Ölpreise gegeben, die auf das gesamte Spektrum der Energiepreise ausstrahlte. In der öffentlichen Diskussion wird deshalb auch die These vertreten, dass die heutige weltweite Wirtschaftskrise maßgeblich durch den drastischen Anstieg der Energiepreise verursacht sei und dass die globale Finanzkrise nicht alleine als Ursache zu gelten habe.

Für weitere Informationen siehe den Beitrag „Rezessionen in historischer Betrachtung“, in *Wirtschaft und Statistik* 3/2009, S. 203ff.

2 Finanzmarktkrise – staatliche Stützungen – EU-Stabilitätspakt

Mitte 2007 weitete sich die Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten zu einer globalen Finanzkrise aus, die auch Finanzinstitute (vor allem Banken) in der Europäischen Union und in Deutschland schwer getroffen hat. Die Zahl angeschlagener Finanzinstitute nahm im Verlauf des Jahres 2008 zu und erfasste auch systemrelevante Finanzinstitute, sodass um die Stabilität des Finanzsystems gefürchtet wurde. Infolgedessen wurden vermehrt staatliche Rettungsmaßnahmen für Finanzunternehmen aufgelegt. In Deutschland führten Bund, Länder und Gemeinden zunächst institutsspezifische Einzelmaßnahmen durch. Mit Inkrafttreten des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes am 17. Oktober 2008 ist ein umfassendes Rettungspaket geschaffen worden, um das Vertrauen in das Finanzsystem wieder herzustellen und den Finanzsektor zu stabilisieren. Dazu wurde der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung errichtet, dem mehrere Instrumente zur Verfügung stehen, um Finanzinstitute für eine begrenzte Zeit zu unterstützen. Hierzu gehören insbesondere die Stärkung der Eigenkapitalbasis durch die Zuführung von Kapital, die Verbesserung der Liquiditätssituation durch Gewährung von Garantien zur Stärkung der Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken, oder der Ankauf problematischer Wertpapiere. Auch andere Länder schnürten umfassende Rettungspakete. Mit dem Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung wurde den Finanzinstituten zudem die Auslagerung problematischer Wertpapiere in speziell dafür errichtete Zweckgesellschaften oder so genannte Abwicklungsanstalten ermöglicht. In letztere können auch nicht mehr zum künftigen Kerngeschäft einer Bank gehörende Geschäftsbereiche ausgelagert werden.

Vor dem Hintergrund des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes war zu klären, ob und inwieweit sich die unterschiedlichen Formen der staatlichen Stützungsmaßnahmen im Finanzierungssaldo (Defizit) und Schuldenstand des Staates niederschlagen. Die für die Berechnungen von Defizit und Schuldenstand maßgeblichen Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 sowie die diese ergänzenden Regeln im Handbuch zu Defizit und Schuldenstand (Manual on Government Debt and Deficit, MGDD) sind zwar in aller Regel klar und eindeutig, basieren aber im Kern auf der Annahme funktionierender Märkte. Mit seiner am 15. Juli 2009 veröffentlichten Entscheidung – sowie einem ergänzenden Umsetzungsvermerk – hat das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) für die unterschiedlichen staatlichen Stützungsmaßnahmen klare Buchungsvorgaben festgelegt, die von allen Mitgliedstaaten bei den Datenmeldungen für den Stabilitäts- und Wachstumspakt anzuwenden sind:

- Die reine Gewährung einer staatlichen Bürgschaft oder Garantie hat keinen Einfluss auf Defizit und Schuldenstand des Staates. Bürgschaften und Garantien werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Eventualverbindlichkeiten angesehen und daher nicht gebucht. Wirkungen auf Defizit und Schuldenstand des Staates ergeben sich, wenn der Staat aus der gewährten Bürgschaft in Anspruch genommen wird (Geldabfluss beim Staat). Der Bürgschaftsabruf erhöht in entsprechendem Umfang das Defizit des Staates und führt annahmegemäß zu einer Erhöhung des Schuldenstandes in gleichem Umfang.
- Erwirbt der Staat börsennotierte Eigenkapitalanteile (Kapitalzuführung), hat dies keinen Einfluss auf das Defizit des Staates, wenn der Staat höchstens den Börsenpreis (Marktpreis) bezahlt. Liegt der vom Staat gezahlte Kaufpreis für den Eigenkapitalanteil über dessen Marktpreis, wirkt sich diese Differenz (Kaufpreis – Marktpreis) im Finanzierungssaldo aus. Der Schuldenstand des Staates erhöht sich annahmegemäß jeweils in Höhe des gezahlten Kaufpreises für den Eigenkapitalanteil.

- Erwirbt der Staat nicht-börsennotierte Eigenkapitalanteile, wirkt sich dies nicht auf das Defizit aus, wenn eine Kapitalverzinsung vereinbart wurde, die den EU Beihilfenvorgaben entspricht oder höher liegt. Auch hier erhöht sich der Schuldenstand des Staates in Höhe der durchgeführten Kapitalmaßnahme. Liegt die Kapitalverzinsung unterhalb der EU Beihilfenvorgaben, ist die Kapitalzuführung in einen defizitwirksamen und einen nicht defizitwirksamen Anteil aufzuteilen.
- Beim Ankauf von wertgeminderten Wertpapieren ist die Frage des Marktwertes dieser Papiere von zentraler Bedeutung. Eurostat hat hierzu eine sechsstufige Bewertungshierarchie vorgegeben. Liegt der vom Staat gezahlte Kaufpreis über dem an Hand der Bewertungshierarchie ermittelten „Marktpreis“, wirkt sich die Differenz (Kaufpreis – „Marktpreis“) im Finanzierungssaldo des Staates aus. Auch hier erhöht sich der Schuldenstand des Staates annahmegemäß in Höhe des Kaufpreises für die Wertpapiere. Da eine direkte Ermittlung eines Marktpreises bei problembehafteten Wertpapieren in der Regel nicht möglich ist, kann dieser auch an Hand von Buchwerten auf Fair-Value Basis oder über Wertgutachten approximiert werden.
- Die Gewährung von Krediten an Finanzinstitute hat grundsätzlich keinen Einfluss auf den Finanzierungssaldo des Staates, erhöht aber dessen Schuldenstand. Wird jedoch zu einem späteren Zeitpunkt auf die Rückzahlung des gewährten Kredites verzichtet, ist zum Zeitpunkt des Darlehensverzichts in den Konten des Staates ein voll defizitwirksamer Schuldenerlass zu buchen. Der Schuldenstand des Staates wird davon nicht berührt.

Ein weiterer zentraler Aspekt der Eurostat-Entscheidung dreht sich um die Frage, unter welchen Bedingungen die im Zuge der Finanzmarktkrise neu geschaffenen Einheiten (z.B. Zweckgesellschaften) dem Sektor Staat zuzuordnen sind. Die Zuordnung von Einheiten zum Sektor Staat kann dabei mit erheblichen Defizit- und Schuldenstandseffekten einhergehen. Bei der Zuordnung von Einheiten sind nach der Eurostat-Entscheidung vor allem drei Kriterien von Bedeutung: Eigentümerschaft (privat oder öffentlich), erwartete Verluste für den Staat und zeitlicher Horizont der gegründeten Einheiten.

- a. Mehrheitlich in privater Eigentümerschaft stehende Einheiten werden nicht dem Sektor Staat zugeordnet, wenn sie wegen der Finanzmarktkrise gegründet wurden, ihre Existenz zeitlich beschränkt ist (kurzfristig) und der erwartete Verlust aus den Operationen der Einheit für den Staat gering ist.

Die Kriterien „kurzfristig“ und „geringer“ erwarteter Verlust werden dabei qualitativ und nicht quantitativ abgegrenzt. So bedeutet „kurzfristig“, dass die betreffende Einheit lediglich während der Dauer der Finanzmarktkrise aktiv tätig sein darf. Sobald die Finanzmarktkrise vorüber ist, darf die Einheit keine neuen Geschäfte durchführen. Die Abwicklung der ursprünglich erworbenen Wertpapiere etc. ist dabei unbedenklich. Ist die Einheit weiter aktiv mit neuen Operationen tätig, muss ihre sektorale Zuordnung erneut geprüft werden. Ob der Verlust für den Staat als gering anzusehen ist, wird beispielsweise an Ankaufs- oder Verlustausgleichsregelungen festgemacht. Wird etwa beim Ankauf von wertgeminderten Wertpapieren zusätzlich zum Buchwert oder dem von Sachverständigen ermittelten Wert ein Abschlag vereinbart, zeigt dies, dass der Staat seinen möglichen Verlust reduziert, was wiederum für eine Zuordnung der mehrheitlich privaten Einheit außerhalb des Staates spricht.

- b. Sofern es sich bei den neu geschaffenen Einheiten um öffentliche oder mehrheitlich öffentliche Einheiten handelt, ist der Eurostat-Entscheidung nach eine Zuordnung zum Staat intendiert. Dies ergibt sich u.a. auch aus den Regelungen zu Entschuldungsstrukturen im Handbuch zum Defizit und Schuldenstand des Staates, dessen Vorgaben ergänzend zur Eurostat-Entscheidung für Buchungsfragen von Bedeutung sind.

Eurostat hat im technischen Umsetzungsvermerk zur Eurostat-Entscheidung klar gestellt, dass die Buchungsvorgaben speziell für die Dauer der Finanzmarktkrise anzuwenden sind. Beginn (Mitte 2007) und Ende der Geltungsdauer dieser Buchungsregelungen werden dabei von Eurostat festgestellt.

3 Abwrackprämie und privater Konsum 2009

Am 14. Januar 2009 beschloss das Bundeskabinett die Richtlinie zur Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen (Pkw). Mit Hilfe einer sogenannten Umweltprämie – umgangssprachlich auch Abwrackprämie genannt – in Höhe von 2 500 Euro wollte die Bundesregierung im Jahr 2009 die Verschrottung alter und den Kauf neuer Pkw fördern. Die Umweltprämie wurde als einmaliger staatlicher Zuschuss dann gewährt, wenn ein privater Halter einen neuen Pkw oder Jahreswagen käuflich erwarb und gleichzeitig einen mindestens neun Jahre alten Pkw, der zuvor mindestens ein Jahr lang auf den Halter zugelassen war, nachweislich verschrotten („abwracken“) ließ. Infolge der hohen Nachfrage wurde die Fördersumme von anfänglich 1,5 Milliarden Euro auf letztendlich 5,0 Milliarden Euro angehoben. Da diese Summe im Laufe des Jahres in Anspruch genommen wurde, konnten im vergangenen Jahr zwei Millionen Pkw-Käufe mit Hilfe der Umweltprämie subventioniert werden.

Wie hat sich die Umweltprämie nun auf die Käufe und Zulassungen von Pkw und auf die privaten Konsumausgaben insgesamt ausgewirkt? Laut Angaben des Kraftfahrtbundesamtes wurden im abgelaufenen Jahr insgesamt mehr als 3,8 Millionen Pkw neu zugelassen. Das entspricht einer Steigerung gegenüber 2008 um nahezu 25%. Die Zahl der Neuzulassungen war damit so hoch wie seit den beiden Boomjahren 1991 und 1992 im Zuge der Wiedervereinigung nicht mehr. Von den 3,8 Millionen Neuzulassungen entfielen 2,5 Millionen auf private Halter. Bei den privaten Haltern hat sich die Zahl der Zulassungen gegenüber dem Vorjahr damit fast verdoppelt.

Für den Kauf von Kraftfahrzeugen gaben die privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2009 rund 74 Milliarden Euro aus. Im Vergleich zum Vorjahr war das eine Steigerung von 23%. Diese Käufe haben damit einen wesentlichen Beitrag zur Binnen-nachfrage geleistet. Die privaten Konsumausgaben stiegen insgesamt im abgelaufenen Jahr um 0,5% gegenüber 2008. Ohne die Käufe von Pkw hätte sich der private Konsum um 0,5% vermindert. Dass sich die starke Zunahme der Zulassungen nicht auch im gleichen Maße im Kaufvolumen widerspiegelt, liegt vor allem daran, dass die überwiegende Mehrzahl der neuen Pkw Kleinwagen waren, wodurch der Durchschnittspreis aller Pkw erheblich gesunken ist.

Aus den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigt sich, dass die privaten Käufe von Kraftfahrzeugen einen nicht unerheblichen Einfluss auf den privaten Konsum insgesamt haben. Im Jahr 2006 waren die Käufe infolge von Vorzieheffekten auf die bevorstehende Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 2007 auch bedeutend höher als in den Vorjahren. Sie stiegen um 7,8% gegenüber 2005. In den Jahren 2007 und 2008 gingen die Käufe dagegen um 8,8% beziehungsweise 3,9% zurück. Ohne die Kfz-Käufe wäre der private Konsum um einige Zehntel Prozentpunkte weniger (2006) beziehungsweise mehr (2007 und 2008) gestiegen.

Privater Konsum in jeweiligen Preisen Veränderungsraten zum Vorjahr in %

	2006	2007	2008	2009
Privater Konsum	2,3	1,4	2,5	0,5
Kauf von Kraftfahrzeugen	7,8	- 8,8	- 3,9	22,9
Privater Konsum ohne Kfz	2,0	2,0	2,8	- 0,5

Auch die ersten Ergebnisse aus der Einzelhandelsstatistik gehen in eine ähnliche Richtung: Der Umsatz mit Kraftwagen (mit einem Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen) hat sich in den ersten 10 Monaten des Jahres 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,2% erhöht. Dagegen hat sich der Umsatz für die Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen um 5,0% vermindert. Möglicherweise hat der erhöhte Absatz von Neuwagen zu einer verminderten Nachfrage nach Reparaturleistungen geführt. Auch der klassische Einzelhandel (ohne den Umsatz für Kraftwagen und Reparaturen) ist insgesamt von Januar bis Oktober 2009 um 2,5% zurückgegangen.

4 Arbeitsmarkt

4.1 Erwerbstätige und Arbeitsproduktivität

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2009 von 40,24 Millionen **Erwerbstätigen** mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 37 000 Personen oder 0,1% weniger als ein Jahr zuvor. Damit ist die Erwerbstätigenzahl, die im Jahr 2008 mit 40,28 Millionen noch einen Höchststand seit der Wiedervereinigung erreicht hatte, erstmals seit 2005 wieder gesunken. Allerdings fiel der Rückgang der Erwerbstätigkeit im abgelaufenen Jahr schwächer aus als dies vor dem Hintergrund des deutlichen Einbruchs der Wirtschaftsleistung zu befürchten war. Insbesondere haben die massive Ausweitung der Kurzarbeit sowie der Abbau von Überstunden und das Abschmelzen von Guthaben auf Arbeitszeitkonten geholfen, die Beschäftigungsverluste zu begrenzen. Beachtenswert ist, dass dem Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung Zuwächse bei der Teilzeitbeschäftigung entgegenstanden. Zugenommen hat auch die Anzahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (Minijobs), während die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger im Jahr 2009, auch aufgrund insgesamt rückläufiger staatlicher Förderung, ein Minus gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen hatte.

Die gesamtwirtschaftliche **Arbeitsproduktivität**, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, ist im abgelaufenen Jahr im Zuge der konjunkturellen Abschwächung kräftig um 4,9% gesunken (2008: – 0,1%). Je Erwerbstätigenstunde gerechnet verringerte sich die Arbeitsproduktivität weniger stark und zwar um – 2,2%. Dies erklärt sich durch die gegenüber dem Rückgang der Erwerbstätigenzahl deutlich stärkere Reduktion der durchschnittlich je Erwerbstätigen **geleisteten Arbeitsstunden** um 2,8% (2008: – 0,1%). Dazu haben neben der Verringerung der betrieblichen Wochenarbeitszeit insbesondere die Ausweitung der Kurzarbeit sowie der Abbau von Überstunden und Guthaben auf Arbeitszeitkonten beigetragen.

4.2 Erwerbslose

Nach vorläufigen Schätzungen auf Basis der Arbeitskräfteerhebung betrug die Zahl der **Erwerbslosen** nach international vereinbarter Definition im Jahresdurchschnitt 2009 in Deutschland 3,31 Millionen Personen. Dies entspricht einem Anstieg um 169 000 Personen (+ 5,4%) gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2008. Die Erwerbslosenquote, definiert als der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen stieg von 7,2% im Jahr 2008 auf 7,6% im Jahresdurchschnitt 2009. Spiegelbildlich zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit war bei der Erwerbslosigkeit im abgelaufenen Jahr damit erstmals seit dem Jahr 2005 wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Dieser fällt allerdings angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und im internationalen Vergleich bemerkenswert moderat aus.

Die Zahl der Erwerbslosen wird in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in harmonisierter Form mit der Arbeitskräfteerhebung erfasst. Grundgesamtheit der EU-Arbeitskräfteerhebung sind Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren. In Deutschland ist die Arbeitskräfteerhebung in den Mikrozensus integriert, für den jährlich rund 1% der Bevölkerung mit Auskunftspflicht befragt werden. Der Mikrozensus wird kontinuierlich durchgeführt, so dass neben den monatlich veröffentlichten Ergebnissen zur Erwerbslosigkeit auch Jahresdurchschnittsergebnisse ermittelt werden können.

Die Definitionen von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit folgen der international vereinbarten Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Erwerbstätig im Sinne dieser Definition ist jede Person im Alter von 15 Jahren und älter, die in

einem einwöchigen Berichtszeitraum mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat. Als erwerbstätig gilt auch, wer sich in einem festen Arbeitsverhältnis befindet, das er im Berichtszeitraum (z. B. wegen Krankheit oder Urlaub) nur vorübergehend nicht ausgeübt hat.

Erwerbslos ist im Sinne der ILO-Definition jede Person im Alter von 15 bis 74 Jahren, die in der Berichtswoche nicht erwerbstätig war, aber in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Eine neue Arbeit muss innerhalb von zwei Wochen aufgenommen werden können. Die Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder einem kommunalen Träger ist für die Einstufung als Erwerbsloser nicht relevant.

Die beiden Gruppen „Erwerbstätige mit Wohnort in Deutschland“ und „Erwerbslose“ bilden zusammen die auf dem Arbeitsmarkt aktiv tätige Gruppe der **Erwerbspersonen**. Die Zahl der Erwerbspersonen nahm im Jahresdurchschnitt 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 97 000 Personen auf 43,46 Millionen Personen zu.

4.3 Arbeitslose

Im Jahresdurchschnitt 2009 betrug die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit **registrierten Arbeitslosen** nach Definition des Sozialgesetzbuches (SGB) rund 3,42 Millionen. Dies entspricht einem Anstieg von 155 000 registrierten Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen stieg von 7,8% im Jahr 2008 auf 8,2% im Jahr 2009.

Die Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach dem SGB unterscheidet sich von der Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien. So fordert das SGB eine Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder einem kommunalen Träger sowie die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden, um als arbeitslos erfasst zu werden. Beide Voraussetzungen sind keine notwendige Bedingung für Erwerbslosigkeit nach dem ILO-Konzept. Daher sind in der ILO-Arbeitsmarktstatistik auch Personen als erwerbslos erfasst, die nach Definition des SGB nicht arbeitslos sind.

Andererseits kann nach dem SGB trotz registrierter Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang unter 15 Stunden als Hinzuverdienstmöglichkeit ausgeübt werden. Nach den ILO-Kriterien hingegen schließt jede Erwerbstätigkeit die Möglichkeit aus, als erwerbslos erfasst zu werden. Somit sind in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit registrierte Arbeitslose enthalten, die in der ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht als erwerbslos gezählt werden.

5 Außenbeitrag

Der Außenbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt (Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) lag in jeweiligen Preisen gerechnet im Jahr 2009 mit 99,2 Milliarden Euro um 56,5 Milliarden Euro unter dem Wert des Jahres 2008 (155,7 Milliarden Euro). Schon 2008 war der Außenbeitrag im Vorjahresvergleich gesunken, und zwar um rund 16 Milliarden Euro.

Der nominale Exportüberschuss 2009 resultiert aus einem deutlichen Überschuss im Warenhandel (+ 126,2 Milliarden Euro) und einem (traditionellen) Defizit im Dienstleistungsverkehr (– 27,0 Milliarden Euro). Im Vergleich zum Vorjahr lag der Warenhandelsüberschuss um 55,1 Milliarden Euro niedriger, gleichzeitig verschlechterte sich das Defizit im Dienstleistungsverkehr um 1,4 Milliarden Euro.

Preisbereinigt fielen die Exporte im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr um – 14,7%. Die Importe sanken weniger stark, und zwar um – 8,9%. Daraus ergab sich ein negativer Wachstumsbeitrag des Saldos der grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungstransaktionen von – 3,4% zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen war die preisbereinigte Entwicklung durch einen Rückgang im Warenhandel gekennzeichnet (Warenexporte – 16,9% und Warenimporte – 9,8%). Die Dienstleistungsexporte nahmen mit – 1,6% etwas schwächer ab als die Dienstleistungsimporte mit – 4,9%. Da die Exportpreise (nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) mit – 3,1% ungefähr halb so stark abnahmen wie die Importpreise mit – 6,1%, verbesserten sich die Terms of Trade gegenüber dem Vorjahr, und zwar um 3,3%.

Bei regionaler Betrachtung der nominalen Warenaus- und -einfuhr – hier liegen die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik (Spezialhandelsstatistik) nach Ländern von Januar bis Oktober 2009 vor und umfassen deshalb noch nicht die Entwicklung gegen Ende des Jahres – sanken die deutschen Warenausfuhren im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum in die anderen 26 EU-Länder mit – 21,5% in etwa wie die Ausfuhren in die Drittländer (– 21,2%). Überdurchschnittlich stark gingen die Warenausfuhren (zumindest im betrachteten Zeitraum) in die Russische Föderation mit – 39,6% zurück. Einzig die Warenausfuhren nach China stiegen, und zwar um 2,6%. Der Rückgang der Wareneinfuhren für den genannten Zeitraum des Jahres 2009 aus den Ländern der Europäischen Union fiel mit – 16,8% etwas geringer aus als der aus den Drittstaaten (– 18,7%).

Der Handelsbilanzüberschuss in den ersten zehn Monaten 2009 wurde wiederum, so die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik, fast ausschließlich im Warenverkehr mit den EU-Ländern erwirtschaftet (84,4 von insgesamt 90,1 Milliarden Euro). Handelsbilanzüberschüsse konnten beispielsweise mit Frankreich (+ 19,2 Milliarden Euro), Spanien (+ 8,3 Milliarden Euro) und dem Vereinigten Königreich (+ 14,6 Milliarden Euro) erzielt werden. Gegenüber den Vereinigten Staaten lag die Warenausfuhr um 9,1 Milliarden Euro über der Wareneinfuhr. Handelsdefizite waren dagegen im Warenverkehr mit den großen östlichen Handelspartnern zu verzeichnen (China – 14,0 Milliarden Euro, Japan – 5,6 Milliarden Euro).

6 Einnahmen und Ausgaben des Staates

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wies der Staat im Berichtsjahr 2009 ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 77,2 Milliarden Euro auf. Nachdem 2008 noch ein Überschuss von 1,0 Milliarden Euro realisiert wurde, machte sich 2009 die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Haushalten von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung deutlich bemerkbar. Bei den Einnahmen war erstmals wieder seit 2004 ein Rückgang um 2,2% zu verzeichnen, während sich gleichzeitig die Ausgaben des Staates mit + 5,0% stark erhöhten.

Aufgegliedert nach staatlichen Ebenen erhöhte sich das Finanzierungsdefizit des Bundes um 26,1 Milliarden Euro auf 40,3 Milliarden Euro. Die Länder, die im Jahr 2008 noch einen Überschuss von 1,2 Milliarden Euro auswiesen, erzielten 2009 ein Defizit von 20,3 Milliarden Euro. Die Gemeinden realisierten 2009 ein Finanzierungsdefizit von 4,0 Milliarden Euro, nach einem Finanzierungsüberschuss von 5,8 Milliarden Euro im Vorjahr. Die Sozialversicherung erzielte in 2009 ein Finanzierungsdefizit von 12,6 Milliarden Euro, nach einem Finanzierungsüberschuss von 8,2 Milliarden Euro in 2008. Hier wirkten sich insbesondere die deutlich gestiegenen Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung für den so genannten Eingliederungsbeitrag und die Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung aus.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich für den Staat insgesamt eine Defizitquote von 3,2% im Berichtsjahr.

Im Jahr 2009 hatte der Staat insgesamt Einnahmen in Höhe von 1 067,7 Milliarden Euro. Das waren 2,2% weniger als im Vorjahr. Bei den Steuern, die gut die Hälfte der Einnahmen ausmachen, sank das Aufkommen um 4,5%.

Besonders stark war dabei der Einbruch bei den Einkommensteuern, deren Aufkommen im Jahr 2009 um 6,7% geringer als noch in 2008 ausgefallen ist. Hier wirkte sich vor allem der Einbruch bei der Körperschaftsteuer aus, deren Aufkommen sich in 2009 mehr als halbierte (- 55,3%). Auch die Einnahmen aus der nicht veranlagten Einkommensteuer vom Ertrag (Zinsabschlagsteuer und vor allem Steuern auf Dividenden) lag um rund ein Sechstel (- 16,2%) unter dem Aufkommen des Vorjahres.

Vergleichsweise stabil blieben hingegen noch die Einnahmen aus der Lohnsteuer (- 2,3%) und der veranlagten Einkommensteuer (+ 2,4%). Bei Vergleichen mit anderen Daten zur Lohnsteuer ist zu beachten, dass in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Lohnsteuer brutto dargestellt wird, d.h. vor Abzug des Kindergeldes (dies wurde zum 1. Januar 2009 erhöht) und des im Rahmen des Konjunkturpaketes II gewährten Kinderbonus (Einmalzahlung von 100 Euro je Kind). Die im Jahr 2009 stark gestiegene Zahl an Kurzarbeitern hat demgegenüber das Aufkommen aus der Lohnsteuer merklich gedämpft (Progressionseffekt).

Die Einnahmen aus Produktions- und Importabgaben sind im Jahr 2009 um 2,5% geringer ausgefallen als 2008. Der Rückgang resultierte dabei aus dem deutlichen Einbruch bei der Gewerbesteuer, deren Aufkommen um 18,1% zurückgegangen ist, während die ebenfalls zu den Produktions- und Importabgaben zählende Umsatzsteuer (ohne EU-Anteil), bedingt durch die hohe Nachfrage nach Neuwagen aufgrund der gewährten Umweltprämie, mit + 1,2% noch leichte Zuwächse verzeichnete.

Die Erhöhung der Sozialbeiträge um 0,7% in 2009 erklärt sich durch die relativ stabile Beschäftigungs- und Lohnentwicklung sowie durch den Anstieg der Beitragssätze zur gesetzlichen Kranken- und zur gesetzlichen Pflegeversicherung; einen dämpfenden Effekt hatte aber die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung

von 3,3 auf 2,8%. Ebenfalls höhere Einnahmen als im Vorjahr hatte der Staat aus Verkäufen (+ 3,3%) und den Vermögenseinkommen (+ 3,0%), zu denen Zinseinnahmen, der abgeführte Bundesbankgewinn sowie sonstige Ausschüttungen und Pachten zählen. Dagegen waren die empfangenen sonstigen laufenden Transfers mit – 8,4% rückläufig.

Die Ausgaben des Staates (1 144,9 Milliarden Euro) stiegen im Jahr 2009 um 5,0% gegenüber dem Vorjahr. Von den großen Ausgabekategorien wuchsen insbesondere die Vorleistungen (+ 5,6%), die sozialen Sachleistungen (+ 5,7%) und die monetären Sozialleistungen an private Haushalte (+ 5,4%) überdurchschnittlich. Bei den beiden letztgenannten Ausgabenpositionen machten sich einige Neu- beziehungsweise Sonderregelungen wie die Honorarreform für niedergelassene Ärzte, die Berücksichtigung der anteiligen Erhöhungsrates für Tarifsteigerungen im Preissystem (Landesbasisfallwerte) für Krankenhäuser, die Erhöhung des Kindergeldes sowie der einmalig gewährte Kinderbonus bemerkbar.

Die Aufwendungen für das Arbeitnehmerentgelt blieben dagegen mit einem Zuwachs von 2,8% hinter der Entwicklung der Gesamtausgaben zurück. Der Anstieg der Subventionen (+ 16,8%) ist wesentlich auf die Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit für die von den Unternehmen bei Kurzarbeitern zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge zurückzuführen.

Geringere Ausgaben waren 2009 lediglich bei den geleisteten Vermögenseinkommen (– 4,9%) zu verzeichnen. Hingegen nahmen im Zuge der Konjunkturpakete I und II die sonstigen laufenden Transfers (+ 12,6%) und die Bruttoinvestitionen (+ 7,5%) kräftig zu. Die Vermögenstransfers (+ 1,0%) erhöhten sich leicht; wie im Vorjahr sind sie durch die staatlichen Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen zugunsten einiger Banken beeinflusst.

7 Revisionsbedarf und Genauigkeit der amtlichen Daten zum Wirtschaftswachstum

Mit der Publikation der von den Nutzern geforderten hochaktuellen Konjunkturdaten befindet sich die amtliche Statistik im Spannungsfeld zwischen Aktualität und Genauigkeit. Um möglichst frühzeitig aktuelle Zahlen zum Wirtschaftswachstum veröffentlichen zu können, werden die Ergebnisse zunächst auf einer vergleichsweise unvollständigen Datengrundlage berechnet und zum Teil geschätzt. Diese vorläufigen Ergebnisse werden zu den nächsten Rechenterminen durch die Einarbeitung neuer statistischer Ausgangsdaten kontinuierlich aktualisiert und auf eine breitere Datenbasis gestellt.

7.1 Laufende Revisionen des Bruttoinlandsprodukts

Unter einer Revision versteht man die Überarbeitung der Ergebnisse durch die Einbeziehung aktueller Daten, neuer Statistiken und/oder durch die Anwendung verbesserter oder neuer Methoden. Laufende Revisionen haben kleinere Korrekturen einzelner Quartale oder Jahre zum Gegenstand, sie sind grundsätzlich bei jedem Veröffentlichungstermin möglich. Umfassende beziehungsweise „große“ Revisionen werden demgegenüber nur alle 5 bis 10 Jahre durchgeführt. Sie beinhalten die grundlegende Überarbeitung der gesamten VGR beziehungsweise sehr langer Zeitreihen und dienen unter anderem der Einführung neuer Konzepte, Definitionen und Klassifikationen oder der Umsetzung neuer Berechnungsmethoden.

Das erste Jahresergebnis für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird jeweils im Januar circa 15 Tage nach Ablauf des Berichtsjahres im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht. In den folgenden Wochen wird dieses vorläufige Ergebnis auf Basis der zwischenzeitlich verfügbaren neuen statistischen Informationen überarbeitet. Das überarbeitete Ergebnis für das BIP des abgelaufenen Jahres wird zusammen mit Ergebnissen für das BIP im vierten Quartal des Berichtsjahres Mitte Februar publiziert. Detaillierte Ergebnisse folgen Ende Februar.

Seit dem Jahr 2003 hat sich die erste Veröffentlichung des vierteljährlichen BIP, unter anderem auf Drängen der Finanzwelt und aufgrund des Bedarfs der EZB nach aktuelleren Daten für die Eurozone, von 65 auf 45 Tage nach Abschluss des Berichtsquartals beschleunigt. Etwa 55 Tage nach Ablauf des Berichtsquartals folgen detaillierte Ergebnisse, also für das erste Quartal jeweils im Mai, für das zweite Quartal im August, für das dritte Quartal im November des Jahres und für das vierte Quartal im Februar des darauffolgenden Jahres. Im Zuge der Berechnung des jeweils aktuellen Quartals werden auch die bereits vorliegenden Quartale des laufenden Jahres überprüft und – soweit erforderlich – revidiert. Die regelmäßigen Korrekturen der vorläufigen Ergebnisse im Zeitablauf dienen der Einbeziehung neu verfügbarer oder überarbeiteter kurzfristiger statistischer Ausgangsdaten. Die Berücksichtigung dieser Informationen ist insbesondere dann erforderlich, wenn es andernfalls zu Brüchen in den Zeitreihen kommen würde. Dies gilt sowohl für den traditionellen Vorjahresvergleich als auch für den Vorperiodenvergleich bei saison- und kalenderbereinigten Ergebnissen.

Darüber hinaus werden im Sommer eines jeden Jahres üblicherweise die letzten vier Berichtsjahre einschließlich der dazugehörigen Quartale überarbeitet (im Sommer 2009 also die Berichtsjahre 2005, 2006, 2007 und 2008). Veröffentlicht werden die revidierten Ergebnisse stets im August. Diese Revisionen sind notwendig, um große Jahresstatistiken in das Rechenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einzuarbeiten. So wurden im Sommer 2009 unter anderem die Umsatzsteuerstatistik 2007, die Laufenden Wirtschaftsrechnungen für 2007 und die Unternehmensstrukturerhebungen 2007 erstmals für die Berechnung des BIP verwendet. Die Ergeb-

nisse der Jahresstatistiken liegen erst mit einem gewissen zeitlichen Abstand zum Berichtszeitpunkt beziehungsweise zum Ende des Berichtszeitraums vor, so dass sie für die Berechnung erster vorläufiger BIP-Zahlen noch nicht verwendet werden können. Die Berechnungen am aktuellen Rand basieren deshalb zum größten Teil auf Indikatoren oder sind das Ergebnis von Schätzungen. Im Rahmen der Sommerrechnung werden diese durch die nunmehr vorliegenden neuen Ergebnisse der Basisstatistiken ersetzt. Die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Komponenten wird dadurch auf eine statistisch besser fundierte Datenbasis gestellt. Die für eine „finale“ Berechnung der VGR-Daten notwendigen Basisstatistiken liegen in der Regel allerdings erst nach vier Jahren vollständig vor, so dass erst dann die Ergebnisse endgültig sind und nicht mehr regelmäßig revidiert werden müssen. Die skizzierte, für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen charakteristische Vorgehensweise verdeutlicht, dass eine hohe Aktualität grundsätzlich nur um den Preis einer etwas geringeren Zuverlässigkeit zu haben ist.

7.2 Revisionsmaße zur Beurteilung der Zuverlässigkeit

Eine Möglichkeit zur Abschätzung der Zuverlässigkeit von VGR-Angaben besteht in der Analyse von Revisionsdifferenzen. Dabei wird die Abweichung zwischen einer ersten Schätzung und dem späteren (endgültigen) Ergebnis untersucht. Mit der Berechnung von Revisionsdifferenzen erhält der Nutzer einen Eindruck darüber, wie hoch der durchschnittliche Korrekturbedarf bei den früheren Schätzungen anzusetzen ist. Üblich sind die Berechnung der „Mittleren Revision (MR)“ und der „Mittleren absoluten Revision (MAR)“. Die Mittlere Revision ist das arithmetische Mittel der in der Vergangenheit beobachteten Abweichungen zwischen vorläufigen und endgültigen Werten mit Berücksichtigung des Vorzeichens. Dagegen ist die Mittlere absolute Revision das arithmetische Mittel der in der Vergangenheit beobachteten Abweichungen zwischen vorläufigen und endgültigen Werten ohne Berücksichtigung der Vorzeichen.

Die folgende Übersicht zeigt Revisionsmaße für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (Jahreswerte). Der Beobachtungszeitraum beginnt im Jahr 1999. In diesem Jahr wurde das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 eingeführt, das maßgebend für die deutsche VGR ist.

Revisionsmaße¹⁾

	t ₀ zu 1. Überarbeitung	t ₀ zu 1. Jahresüberarbeitung	t ₀ zu 2. Jahresüberarbeitung	t ₀ zu 3. Jahresüberarbeitung	t _{unrev} zu t _{rev} ²⁾	t ₀ zu finaler Jahresüberarbeitung
Beobachtungsperioden	1999 – 2008	1999 – 2008	1999 – 2007	1999 – 2006	1999 – 2004	1999 – 2005
Anzahl der Beobachtungen (n)	10	10	9	8	6	7
Mittlere Revision (MR)	+ 0,01	+ 0,04	+ 0,01	+ 0,05	+ 0,15	+ 0,06
Mittlere absolute Revision (MAR)	0,05	0,08	0,23	0,33	0,15	0,31

1) Bezogen auf die jeweiligen Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (verkettet, 2000 = 100) gegenüber dem Vorjahr zu den unterschiedlichen Berechnungsterminen. – 2) Ausmaß der revisionsbedingten Änderungen durch die große VGR-Revision 2005 (daten- und konzeptbedingte Änderungen).

Dabei bedeutet:

t_0	Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung
t_{unrev}	letzte Veröffentlichung unrevidierter Angaben vor großer VGR-Revision 2005
t_{rev}	erste Veröffentlichung revidierter Angaben nach großer VGR-Revision 2005
MR	$\sum(x_i - x_0)/n$ zeigt die durchschnittlich zu erwartenden Verzerrungen (Bias) nach oben oder unten
MAR	$\sum x_i - x_0 /n$ zeigt die durchschnittlich zu erwartenden absoluten Korrekturen
x_0	Wert zum Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung
x_i	Wert zum Zeitpunkt der folgenden Veröffentlichungen

RZum besseren Verständnis der Tabelle wird im Folgenden beispielhaft die Berechnung der MR und der MAR nach der ersten Jahresüberarbeitung der Ergebnisse (siehe Spalte 2 der Übersicht) erläutert:

Die MR, die in diesem Fall + 0,04 beträgt, gibt an, wie hoch für die Berichtsjahre 1999 bis 2008 die durchschnittliche Abweichung zwischen der ersten Veröffentlichung des preisbereinigten BIP für das Jahr t im Januar des Jahres t+1 und der ersten Jahresüberarbeitung im August von t+1 ist.

Im Januar 2000 wurde erstmals das preisbereinigte BIP für 1999 veröffentlicht. Die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr betrug 1,4%. Dieser Wert wurde im August 2000 (erste Jahresüberarbeitung) auf 1,6% heraufgesetzt, die Abweichung betrug also 0,2%-Punkte. Für die Jahre 2000 bis 2008 gilt entsprechend:

Berichtsjahr t	Erste Veröffentlichung Januar t + 1	Erste Jahres- überarbeitung August t + 1	Abweichung zwischen erster Veröffentlichung und erster Jahres- überarbeitung
1999	1,4	1,6	+ 0,2
2000	3,1	3,0	- 0,1
2001	0,6	0,6	0,0
2002	0,2	0,2	0,0
2003	- 0,1	- 0,1	0,0
2004	1,7	1,6	- 0,1
2005	0,9	0,9	0,0
2006	2,5	2,9	+ 0,4
2007	2,5	2,5	0,0
2008	1,3	1,3	0,0

Addiert man die einzelnen Revisionsdifferenzen, erhält man einen Wert von + 0,4. Bei zehn Beobachtungen errechnet sich ein arithmetisches Mittel beziehungsweise eine Mittlere Abweichung von + 0,04. Bei der Mittleren absoluten Abweichung wird entsprechend verfahren, allerdings ohne Berücksichtigung der Vorzeichen: Der Abweichungsbetrag ist 0,8, das arithmetische Mittel für den Zeitraum von 1999 bis 2008 beträgt 0,08.

Ausführlichere Informationen zu diesem Thema sind dem Qualitätsbericht „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“¹⁾ sowie dem Aufsatz „Qualität und Genauigkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“²⁾ zu entnehmen.

1) Siehe http://www.destatis.de/download/qualitaetsberichte/qualitaetsbericht_vgr.pdf

2) Siehe Braakmann, A. in: Allgemeines Statistisches Archiv 87 (2003), S. 183-199.

8 Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft

8.1. Das BIP enthält Schattenwirtschaft

Nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 fallen schattenwirtschaftliche Aktivitäten unter den Produktionsbegriff und sind somit in das BIP einzubeziehen. Es sind also auch solche Produktionstätigkeiten im BIP zu erfassen, die illegal ausgeübt werden oder den Steuer-, Sozialversicherungs-, Statistik- oder anderen Behörden verborgen bleiben. Selbstverrichtete Hausarbeit zählt nach internationalen Konventionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nicht zur Produktion.

Allerdings sind schattenwirtschaftliche Aktivitäten anders als „reguläre“ Wirtschaftstätigkeiten statistisch schwieriger zu erfassen. In diesem Zusammenhang ergreift das Statistische Bundesamt verschiedene Maßnahmen, um ein möglichst vollständiges BIP zu ermitteln:

- Explizite Zuschläge für Untererfassungen werden vor allem in den Bereichen vorgenommen, für die kurzfristig keine umfassenden statistischen Informationen vorliegen. Auch für Eigenleistungen am Hausbau oder für Trinkgelder werden Sonderrechnungen durchgeführt. Derartige Zuschläge werden regelmäßig bei großen Revisionen überprüft und, falls erforderlich, an neue Erkenntnisse angepasst.
- Eine implizite Erfassung der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten erfolgt vielfach durch die Berechnungsmethode selbst. So wird die landwirtschaftliche Produktion anhand der angebauten Flächen und der jeweiligen Durchschnittserträge ermittelt. Ebenso werden die Wohnungsmieten anhand des Bestandes an Wohnungen – untergliedert nach Größe und anderen Merkmalen – sowie der jeweiligen Quadratmetermieten errechnet. Ob und inwieweit die so berechneten und in das BIP eingehenden Einnahmen steuerlich deklariert werden, entzieht sich der Kenntnis der amtlichen Statistik, ist aber für die vollständige Erfassung derartiger Produktionstätigkeiten ohne Belang.

Die immer wieder zu hörende Behauptung, das deutsche BIP würde die Schattenwirtschaft nicht umfassen, ist also falsch.

8.2. Keine getrennte Schätzung der Schattenwirtschaft durch das Statistische Bundesamt

Das Statistische Bundesamt nimmt allerdings eine eigenständige, getrennte Schätzung der Schattenwirtschaft in seinen VGR aus folgenden Gründen nicht vor:

- Vorrangiges Ziel für Gesamtrechner ist es, das wirtschaftliche Geschehen nach den Konzepten des ESVG 1995 möglichst vollständig abzubilden. Für die Vollständigkeit des BIP ist die Frage, ob eine Wirtschaftstätigkeit steuerlich erfasst wird oder nicht, ob sie legal oder illegal ist oder sonst im Verborgenen stattfindet, irrelevant.
- Es gibt keine internationale Definition für das Schlagwort Schattenwirtschaft. Manchmal wird sie mit Schwarzarbeit gleichgesetzt, ein anderes mal sind Verkauf und Reparatur ohne Rechnungen oder Eigenleistungen am Bau in den Begriff einbezogen, und manchmal umfasst der Begriff sogar illegale, d.h. strafbare Aktivitäten. Aber auch wenn erhobene Statistiken Abschneidegrenzen aufweisen, ist dies ein Teil der statistisch nicht erfassten Wirtschaft.

- Die über die angewendeten Rechenverfahren implizit erfassten schattenwirtschaftlichen Aktivitäten müssten nachträglich aus dem BIP herausgerechnet werden, ohne dass über deren Umfang entsprechende Informationen vorliegen.
- Da das Statistische Bundesamt Zuverlässigkeit, Objektivität und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit für entscheidende Merkmale amtlicher Statistik hält, erscheinen amtliche Zahlen über die Schattenwirtschaft als Widerspruch in sich.

8.3. Internationale Vergleichbarkeit der BIP-Zahlen

Da Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen in der Europäischen Union (EU) in hohem Maße für administrative Zwecke genutzt werden (zum Beispiel im Zusammenhang mit Zahlungen an den EU-Haushalt und zur Berechnung der Maastricht-Kriterien), hat die EU-Kommission das Recht, die Einhaltung der Vorschriften des ESGV 1995 durch die Mitgliedstaaten von Mitarbeitern von Eurostat vor Ort prüfen zu lassen. Diese Vergleichbarkeitsprüfungen werden regelmäßig durchgeführt und betreffen auch die Frage der vollständigen Erfassung der Wirtschaftsaktivitäten. Nach Prüfung der deutschen Inlandsproduktsberechnung hat die Kommission keine Zweifel an der Vollständigkeit der deutschen Angaben.

9 Nationales Veröffentlichungsprogramm

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden regelmäßig in einer Vielzahl von Tabellen dargestellt und insbesondere in Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, in der Datenbank GENESIS-Online sowie in ausgewählten Tabellen im Internet veröffentlicht. Darüber hinaus werden die wichtigsten Ergebnisse zu den jeweiligen Veröffentlichungsterminen in Pressemitteilungen bekannt gegeben und das Jahresergebnis zusätzlich in einer Pressekonferenz vorgestellt.

Das erste Jahresergebnis wird jeweils ca. 15 Tage nach Ablauf des Berichtsjahres im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht. In der Pressekonferenz können naturgemäß nur einige wichtige gesamtwirtschaftliche Zahlen vorgestellt werden. Detailliertere Informationen über die ersten vorläufigen Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnung für das abgelaufene Jahr enthält die parallel zur Pressekonferenz veröffentlichte Fachserie 18, Reihe 1.1 „Erste Jahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung“.

Vierteljahresergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt werden in einer so genannten BIP-Schnellmeldung nach 45 Tagen erstmals veröffentlicht. Tiefer gegliederte Resultate folgen in einer Pressemitteilung ca. 55 Tage nach Ablauf des Berichtsquartals – also jeweils das erste Quartal im Mai, das zweite Quartal im August, das dritte Quartal im November und das vierte Quartal im Februar. Zu diesen Terminen erfolgt bei Bedarf auch eine Überarbeitung der Ergebnisse vorangegangener Quartale. Ergänzend zur Pressemitteilung werden detaillierte Vierteljahresergebnisse jeweils in Fachserie 18, Reihe 1.2 „Inlandsproduktsberechnung, Vierteljahresergebnisse“ veröffentlicht. Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse enthält Fachserie 18, Reihe 1.3 „Inlandsproduktsberechnung, Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12 ARIMA und BV4.1“.

Im Februar werden zusammen mit der Berechnung des vierten Quartals auch die ersten Jahresergebnisse vom Januar überarbeitet und in Fachserie 18, Reihe 1.4 „Inlandsproduktsberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse, Stand: Februar“ veröffentlicht. Schließlich werden im August eines jeden Jahres üblicherweise die Ergebnisse für die vier zurückliegenden Jahre einschließlich der dazugehörigen Quartale revidiert¹⁾. Publiziert werden die überarbeiteten Ergebnisse in Fachserie 18, Reihe 1.4 „Inlandsproduktsberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse, Stand: August“.

Vierteljährliche und jährliche Daten für Deutschland insgesamt werden ab dem ersten Quartal 1991, für das frühere Bundesgebiet für den Zeitraum von 1970 bis 1991 ohne Brüche bereitgestellt (Doppelnachweis für das Jahr 1991). Ab dem Berichtsjahr 1970 entsprechen die VGR-Zahlen den Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995²⁾, sodass methodisch vergleichbare lange Zeitreihen mit Jahres- und Quartalsangaben zur Verfügung stehen. Veröffentlicht werden die langen Reihen ab 1970 in Fachserie 18, Reihe 1.5 „Inlandsproduktsberechnung, Lange Reihen ab 1970“. Diese Fachserie erscheint zweimal pro Jahr, im Februar und im August, und wird jeweils um das aktuelle Jahr ergänzt.

Neben den genannten Fachserien beinhaltet das Veröffentlichungsprogramm der deutschen VGR eine Vielzahl weiterer Publikationen. Dazu zählen unter anderem einschlägige Fachaufsätze in der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ und Beihefte zur Fachserie 18. In den Beiheften werden für ausgewählte VGR-Aggregate, beispielsweise für die privaten Konsumaus-

1) Zur Revisionspolitik der deutschen VGR siehe Abschnitt 7 dieses Heftes: „Revisionsbedarf und Genauigkeit der amtlichen Daten zum Wirtschaftswachstum“.

2) Das ESVG 1995 ist für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbindlich, so dass auch EU-weit harmonisierte und vergleichbare Angaben vorliegen.

gaben, tief gegliederte Zahlen bereitgestellt, die weit über die entsprechenden Angaben in den Fachserien hinausgehen. Umfassende Informationen über die Konzepte und Methoden der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen enthalten die Methodenbeschreibungen zur jährlichen und zur vierteljährlichen Inlandsproduktberechnung. Sie wurden als Fachserie 18, Reihe S.22 („Inlandsprodukt nach ESVG 95 – Methoden und Grundlagen“) bzw. Fachserie 18, Reihe S.23 („Vierteljährliche Berechnung des Inlandsprodukts nach ESVG 95“) veröffentlicht.

Die genannten Fachserien und weitere Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind im Internet über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes beziehungsweise über die Themenseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kostenlos erhältlich (www.destatis.de). Dort finden Sie auch methodische Erläuterungen, unter anderem zu Vorjahrespreisen, Verkettung und FISIM.

Die nachfolgende Übersicht zeigt noch einmal, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Fachserie vierteljährliche und jährliche VGR-Zahlen regelmäßig veröffentlicht werden:

Veröffentlichungstermin	Quartalsdaten	Jahresdaten	Veröffentlichung in:
Mitte Januar des Jahres t	–	t-1	Fachserie 18, Reihe 1.1
Ende Februar des Jahres t	Q4 _{t-1}	t-1	Fachserie 18, Reihen 1.2 und 1.3 Fachserie 18, Reihen 1.4 und 1.5
Ende Mai des Jahres t	Q1 _t	–	Fachserie 18, Reihen 1.2 und 1.3
Ende August des Jahres t	Q2 _t	t-1, t-2, t-3, t-4	Fachserie 18, Reihen 1.2 und 1.3 Fachserie 18, Reihen 1.4 und 1.5
Ende November des Jahres t	Q3 _t	–	Fachserie 18, Reihen 1.2 und 1.3

UNSER PRESSESERVICE

- » Die Pressestelle des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht die neuesten statistischen Ergebnisse in jährlich rund 550 Pressemitteilungen. Über unseren Presseverteiler können Sie sich diese per E-Mail schicken lassen.
- » Für Ihre Planung können Sie unseren Wochenkalender mit Vorschau auf die Presseveröffentlichungen der Folgewoche nutzen, außerdem bieten wir einen Jahresveröffentlichungskalender für die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren.
- » Zu wichtigen Themen veranstalten wir Pressekonferenzen und stellen im Anschluss umfassende Materialien im Internet zur Verfügung.
- » Ihre Anfragen werden schnellstmöglich von Experten beantwortet. Für Interviews vermitteln wir Ihnen fachkundige Gesprächspartner.
- » Abonnieren Sie unseren E-Mail-Newsletter: Entweder für alle Presseveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes oder nur zu bestimmten Themenbereichen.

Im Internet finden Sie Ansprechpartner, aktuelle Meldungen und ein Archiv, in dem Sie nach Thema oder Veröffentlichungsdatum recherchieren können. Gerne helfen wir Ihnen auch bei individuellen Anfragen weiter:

www.destatis.de (Bereich Presse)

Für schriftliche Anfragen nutzen Sie bitte unser Kontaktformular: **www.destatis.de/kontakt**

Telefon: +49 (0) 611 / 75 34 44 (montags bis donnerstags von 8 bis 17, freitags von 8 bis 15 Uhr)

Telefax: +49 (0) 611 / 75 39 76

Allgemeine Informationen

über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie im Internet unter

www.destatis.de oder über unseren Informationsservice:

www.destatis.de/kontakt

Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05

Telefax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Publikationen online

über unseren Publikationsservice: **www.destatis.de/publikationen**

über unsere Datenbank GENESIS-Online: **www.destatis.de/genesis**

Informationen zum Thema Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Weitere umfangreiche Informationen zum Thema Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen finden Sie in unserem Internetangebot: www.destatis.de -> Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bei Fragen zum Inhalt der Broschüre oder zum Thema Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen wenden Sie sich bitte an:

Telefon: +49 (0) 611 / 75 26 26

Telefax: +49 (0) 611 / 75 39 52

E-Mail: bip-info@destatis.de